

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der verhängten Bevölkerung.

Verkaufspreis Kr. 5.-

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Verkaufspreis Kr. 9.-

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu bestellen. — Preis vierteljährlich Kr. 1.-60. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungszettel Nr. 1009 a, letzter Nachtrag.

Die Ausgabegebühr beträgt für die vierseitige Zeitung oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf. auswärtige Anzeiger 20 Pf. — Ansetzen für die nächste Nummer müssen bis 1 Uhr vormittags, größere Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 43.

Mittwoch, den 21 Februar 1906.

13. Jahrg.

Zeitung eines Volkes.

Auf der Steuersuche.

Das Studium der Berichte über die Verhandlungen der letzten Kommission ist gerade keine interessante, aber eine höchst instructive Beschäftigung, wenn es informiert besser über den klassencharakter unserer heutigen Staatswirtschaft, als manche in den letzten Jahren erschienenen unsauberen theologischen Schriften. In der von den herrschenden Parteien befolgten Steuerpolitik offenbaren sich am deutlichsten ihre Klasseneinstellung und ihre Interessenwirtschaft.

Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Bier-, Tabak- und Zigarettensteuer hat die Steuerkommission teils abgelehnt, teils verartig abgeschmälerkt, daß der vorausschlagte Mehrertrag von über 100 Millionen Mark voraussichtlich auf etwa 40 Millionen zusammenzuschrumpfen wird, und ferner hat sie die Frachtlundesteuer, die dem Reichssatz 41 Millionen Mark einbringen sollte, so weit ermäßigt, daß ihr Eitrag um ungefähr 30 Millionen Mark unter dieser Schätzung zurückbleiben dürfte. Schon bei diesen drei Steuern ergibt sich deswegen ein Aufschlag von 90 Millionen Mark.

Die Vertreter der Wohlheitsparteien wollwirken diese Reduktion der Vorschläge meist mit der Belastung des Konsums — und tatsächlich haben einige von ihnen, z. B. das Zentrum in der Tabaksteuerfrage, auf ihre Kleingewerbliche Abhängigkeit eine gewisse Rücksicht zu nehmen; das Hauptmotiv des Widerstandes besteht aber in der Befürchtung, daß durch die höhere Belastung von Bier und Tabak sowie durch die Frachtlundesteuer die Ertragsfähigkeit der betroffenen Gewerbe, das heißt der Profit des Unternehmens leiden könnte, weil es nicht in allen Fällen gelingen würde, die neue Steuer auf die Massen der Konsumenten abzuwälzen. Allerdings in den Nieden, mit denen die Vertreter der sogenannten staatsverhaltenden Parteien in der Kommission ihre Einigung auf der Regierungsforderungen begründeten, kam dieses Profitmotiv nicht voll zur Geltung. Die Herren haben ja in ihrer Argumentation nicht nur darauf zu achten, daß sie ihre Abhängigkeit in den damaren Volkschichten nicht direkt vor den Kopf stochen, sondern daß sie auch der sozialdemokratischen Presse eine möglichst geringe Angriffsfläche bieten. Diese Rücksicht auf das Agitationinteresse der Partei verhindert eine offene Aussprache. Um so deutlicher verraten aber die industriellen und kommerziellen Korporationen, besonders die Handelskammern, den Grund ihrer Bedenken gegen die genannten Steuervorschläge, indem sie auf die Erhöhung des Geschäfts, die Verminderung des Ertrages und die Unmöglichkeit einer vollen Abwälzung der neuen Geschäftsbefreiung auf die Konsumenten hinweisen. Teilsweise wird in den Resolutionen solcher Korporationen sogar offen zugestanden, daß sie gegen eine Steuererhöhung auf Bier und Tabak nichts einzuwenden haben würden, wenn sich die Aussicht böte, die Steuerlast auf die Verbraucher abzuwälzen. Die Leipziger Handelskammer gesteht zum Beispiel ganz freimütig in ihrer Resolution: „Sie hält in Übereinstimmung mit der Reichssteuervorlage Bier und Tabak einschließlich Zigaretten für geeignete Steuerobjekte. Mit Rücksicht auf den anstrebbaren Erfolg der Steuer kann sie aber nur eine Art der Besteuerung empfehlen, die die Gefahr eines wesentlichen Rückgangs des Bier- und Tabakverbrauchs sowie eine unbillige Schädigung aller mit der Herstellung und dem Vertrieb der betroffenen Verbrauchsgegenstände besaßen Industrie- und Handelszweige ausschließt und die Abwälzung auf die Konsumenten ermöglicht.“

Mit der Heraushebung dieser von der Regierung vorgelegten Steuerforderungen gedenken jedoch weder die Nationalliberalen, noch die Konservativen und Zentrumsparteien auf die sogenannte Reichsfinanzreform, richtiger die Herbeischaffung neuer Mittel für die Ausweitung der Weltpolitik zu verzichten; selbst die Agrarkonservativen haben sich zu Bewunderern der „gräßlichen“ Flotte entwickelt. Die Mittel für diese Politik müssen nach ihrer Ansicht unabdingt herbeigeschafft werden, und da sie fürchten, daß wenn es der Regierung überlassen bleibt, neue Steuerquellen zu erschließen, diese vielleicht die solchen die großen Portemonnaies in Anspruch nehmenden Projekte, wie die Reichsdomänen- oder Reichsvermögenssteuer greifen könnte, so machen sich ihre Vertreter in der Steuerkommission selbst an die Steuersuche. Daher der höchst merkwürdige Fehler der Herren, neue Steuerobjekte zu entdecken.

Sozusagt geht dabei, sich seiner Pflicht als Regierungspartei bewußt, das Zentrum. Schon vor mehreren Tagen führte das Blatt der Berliner Zentrumsdiplomatie, die „Germania“ aus, daß durch die Abstimmung der Kommission an den Verbrauchs- und Verkehrssteuer ein Fehlbetrag von mindestens 100 Millionen Mark entstanden sei, der notwendig durch andere Steuern gedeckt werden müsse,

da eine Erweiterung der geplanten Reichsvermögenssteuer in der ländlichen Bevölkerung auf Widerstand stoße. Es sei kein Fehler für die Deckung eingetragen, daß das Blatt sogar selbst daran, eine niedrige Liste neuer Steuerobjekte zusammenstellen, darunter eine W.-hr., Ansichtspostkarten-, Tintenmen-, Kaliabfahr-, Jagdpatrone-, Alkoholsteuer usw. Im ganzen ein Ramms von 82 Millionen Mark.

Und die Vertreter des Zentrums in der Steuerkommission beginnen bereits diese Projekte zu verwirklichen. Ihrer Fürsorge ist es wesentlich zu danken, daß in der Kommission der Fahrtkartensteuer weit über die Forderung der Regierung hinaus erhöht worden und die Ansichtspostkartensteuer geschlossen worden ist.

Die Steuerentdeckermanie des national-liberal-konservativen Zentrums ist der Kommission hat also ihre guten Gründe. Das Motiv ist, zu verhindern, daß die Steuererhöhung nicht selbst auf die Steuersuche geht und dabei auf Objekte verfällt, die den für ihre Taschen besorgten Herrn nicht passen. Unter diesen Umständen war es von den Vertretern unserer Partei ein geschickter talischer Schachzug, einen Erbschaftsteuerantrag einzubringen, der das Prinzip einer progressiven Steuererhöhung des Steuerhauses nach dem Wert der Nachlassmasse aussetzt und z. B. von einer Erbschaftsmasse im Betrage von 100 000 bis 200 000 M. eine Abgabe von 9 Proz., von einer Erbschaftsmasse im Wert von 1—5 Millionen Mark aber eine Abgabe von 14 Prozent fordert. Der Antrag bietet den Steuersuchern der Kommission die günstigste Gelegenheit, ihrem Elter Genüge zu leisten und durch die Tat zu bekunden, wie weit ihre vielgerühmte Opferwilligkeit für das teure Vaterland reicht.

Deutsche Freundschaft.

Deutschland.

Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Wie das „B.“ erfaßt, hat der Reichstag am 10. Februar den Abgeordneten Büsing zu seiner Rede vom letzten Mittwoch, in der Abgeordneter Büsing gegen den Abgeordneten Böhl an die Gründung des neuen Deutschen Reiches und den Idealismus des Bürgertums erinnerte, in warmen Worten beigeblieben. — Büsing und Bülow sind einander wert!

Die Zuständigkeit der Schwurgerichte im Preußischen. Die freisinnige Volkspartei hat im Reichstage die Annahme nachstehender Resolution beantragt: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichstagspräsidenten zu fordern, daß bei der bevorstehenden Reformation der Reichsstrafprozeßordnung die Zuständigkeit der Schwurgerichte in Preußischen auf das ganze Reich ausgedehnt werde.

Bayern.

Im Prozeß gegen die „Meuterer“ vom „Pommern“ wurde gestern das Urteil gesprochen; es wurde in drei Fällen auf Todesstrafe, im übrigen auf Zwangsarbeit und Dienstauschluß erkannt.

Österreich-Ungarn.

Eine Parlamentsauflösung mit Hindernissen. Auch in Ungarn geht jetzt Gewalt vor Recht. Am gestrigen Montag sollte der ungarische Reichstag eröffnet und, wie in der letzten Zeit üblich, auch gleich wieder geschlossen werden. Da der König aber jedenfalls selbst einsah, daß eine solche Versiegelung auf den lebhaftesten Widerstand der Abgeordneten stoßen würde, beauftragte er den Generalmajor Myri — also eine Militärperson — mit der Durchführung der Auflösung. Dieser hatte denn auch vorgebaut, er hätte Militär und Polizei im Abgeordnetenhaus untergebracht. Als dieses mitgeteilt wurde, erhob sich ein großer Lärm. Nach Verlesung des königlichen Schreibens und der Auflösungsbörde brachte Bülow-Premier Antónovics, die Hand schreiben an den König zu lassen, da nur ein verantwortliches Minister das Recht habe, mit dem Hause in Verbindung zu treten. Dieser Antrag fand Annahme. Darauf beräumte der Präsident die neue Sitzung auf Mittwoch an und die Abgeordneten schickten sich an, den Saal zu verlassen. Zu diesem Augenblick erschien Oberst Fabritius mit Soldaten. Als dieser den Saal betrat, waren nur noch die Journalisten anwesend. Fabritius verlas die beiden königlichen, die Eröffnung und Auflösung betreffenden Handschreiben und ließ alle Säle und Amtsräume räumen. Die Abgeordneten verließen in großer Erregung das Parlamentsgebäude, wobei sie mit Fabritius in heftigen Wortwechsel gerieten. Nachdem sämtliche Beamten und Direktoren sich aus dem Parlament entfernt hatten und alle Räume geschlossen waren, überstande Oberst Fabritius die Schlüssel dem Minister des Innern. Darauf zog das gesamte Militär ab, nur die Polizei bewachte die Eingänge. Nachmittags versammelten sich mehrere hundert Studenten mit Trauerschäften und sangen das Rossuth-Lied. Da sie trotz der Aufforderung den Platz nicht räumten, schritt die Polizei ein. Die Studenten zwangen sich auf der Pfeifer Seite und versuchten vor den

Club der Rossuthpartei zu gelangen; doch wurden sie mehrmals von der Polizei zerstreut. Mehrere Studenten wurden verhaftet und die Trauerschäfte wurden weggenommen. Ganz herrscht Ruhe. Die Bevölkerung verhält sich vollkommen gleichmäßig. — Die Pariser Amtsmaiorität will tatsächlich entsprechend ihrem Entschluß am Mittwoch 9½ Uhr eine Sitzung abhalten. Da das Parlamentsgebäude mit Militär besetzt ist, wird man die Sitzung an einem anderen Orte abhalten müssen. Was wird die Regierung tun unternehmen?

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 19. Februar 1906.

17. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Eingegangen ist die Vorlage über ein Handels-

provisorium mit den Vereinigten Staaten.

Die Spezialberatung über den Stot des Reichsamt des Innern wird beim Kapitel „Reichsversicherungskant“ fortgesetzt.

v. Richthofen-Wandsbeck (N.) erklärt, daß nur ein Teil seiner Fraktion für die Streichung der 20 Prozent-Noten sei.

v. Gerlach (F.W.) verlangt Besserstellung der Bureaubeamten des Reichsversicherungskant. Im Gebäude des Reichsversicherungskant befinden sich zwei Eingänge, von denen der eine für die oberen Beamten, der andere für die Untermen geöffnet ist. Es ist nicht abzusehen, warum sich an den Füßen der unteren Beamten mehr Schutz befinden soll, als an denen der oberen. (Heiterkeit und Beifall links.)

Störsen (SD): Über die Anzahl der Fälle, die die Richter der Schiedsgerichte der Berufsgenossenschaften in einer Sitzung erledigen, ist Graf Posadowsky falsch unterrichtet. Es werden durchschnittlich nicht 20, sondern 26 Sachen erledigt. Formell kann ja der Arbeiter sich einen Arzt seines Vertrauens aussuchen, tatsächlich aber entscheidet das Gutachten des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft. Unter solchen Umständen ist die Erscheinung, über die Graf Posadowsky einmal geplagt hat, nicht wunderbar, daß sich in steigendem Maße die Arbeiter von dem Schiedsgericht an ein ordentliches Gericht wenden. Es ist höchst bedauerlich, daß sich überhaupt Abgeordnete finden, welche die offenkundige Absicht der Berufsgenossenschaften auf Beseitigung der kleinen Renten unterstützen. Ich gebe zu, daß Herr Trimborn Gegner dieser Beseitigung ist; aber vom Zentrum hat sich nicht nur Herr Schmedding, sondern auch Herr Wallenborn im Landtag für die Streichung ausgesprochen. Wenn Herr Erzberger meint, daß die Sozialdemokratie die Zeit des Reichstags so sehr in Anspruch nimmt, so mag er zunächst vor seiner eigenen Tür fehren. (Heiterkeit und Beifall rechts.) b. d. Soz.: In der Holzindustrie führen die Arbeitgeber die vortrefflichen Schutzvorrichtungen, die in der letzten Zeit erfunden worden sind, nicht ein, weil sie ihnen zu kostspielig sind. Die Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft redete einem Arbeiter nach, daß seine Krankheit auf Alkoholmissbrauch und Nikotinvergiftung zurückzuführen sei. Dabei war der Mann als durchaus mäßig bekannt und absoluter Nichtraucher. Wenn hier von Schnapsrenten und von Simulationen der Arbeiter gesprochen wird, so hat selbst Fürst Bismarck in einer früheren Debatte derartige Neuerungen zurückgewiesen. Wir werden das Untrügtun, um die Arbeiter gegen alle Anschläge auf ihre Rechte aufzulässen, mag das nun Herr v. Richthofen gefallen oder nicht. (Beifall b. d. Soz.)

In der Holzindustrie führen die Arbeitgeber die vortrefflichen Schutzvorrichtungen, die in der letzten Zeit erfunden worden sind, nicht ein, weil sie ihnen zu kostspielig sind. Die Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft redete einem Arbeiter nach, daß seine Krankheit auf Alkoholmissbrauch und Nikotinvergiftung zurückzuführen sei. Dabei war der Mann als durchaus mäßig bekannt und absoluter Nichtraucher. Wenn hier von Schnapsrenten und von Simulationen der Arbeiter gesprochen wird, so hat selbst Fürst Bismarck in einer früheren Debatte derartige Neuerungen zurückgewiesen. Wir werden das Untrügtun, um die Arbeiter gegen alle Anschläge auf ihre Rechte aufzulässen, mag das nun Herr v. Richthofen gefallen oder nicht. (Beifall b. d. Soz.)

Frolich (Ant.) verlangt bessere Unfallverhütungsvorschriften zum Schutz der landwirtschaftlichen Arbeiter. (Beifall b. d. Ant.)

Stadthagen (SD) fordert ein schlesungiges Notgesetz, um der Judikatur des Reichsgerichts ein Ende zu bereiten, daß den Arbeitern den privatrechtlichen Schadensersatzanspruch gegen Unternehmer aufrecht, die das Markenleben unterlassen haben. Der Abg. Wallau hat anerkannt, daß, wenn die Fälle so liegen, wie der Abg. Störsen sie dargelegt hat, die Vorsitzenden der Schiedsgerichte die reinen Mästermörder sind. Nun liegen aber die Fälle so, wie sie der Abg. Störsen dargestellt hat. Die Behandlung der Rentenbeschwerden vor den Schiedsgerichten ist geradezu menschenunwürdig; Leute mit Arthritis müssen sich in den Korridoren herumdrücken. (Hört! Hört! Hört! bei den Soz.) Von den Vertrauensräten werden die Arbeitnehmer vielfach schlimmer als das Vieh behandelt. Keine Rüte des Herrn Erzberger oder des Herrn v. Richthofen hier im Reichstage wird die Tatsache aus der Welt schaffen können, daß sich im Landtag Konservative, Freikonservative, Nationalliberalen und Zentrumsmänner zum Sturmlauf gegen die kleinen Renten vereinigt haben. Der Landwirtschaftsminister v. Bodenstedt ist zwar gegen die Streichung der kleinen Renten ausgeschließlich in der Landwirtschaft, weil dadurch nur noch die Landflucht gefördert werde; sonst aber ist er mit den Wünschen der Herren im Dreilassenhause durchaus einverstanden und will im Bundestag für ihre Verwirklichung wirken. — Das Bündestag ist es gewesen, daß die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landwirtschaft verhindert hat. Wir haben gegen die Versicherungsgesetze gestimmt, weil sie uns nicht weit genug gingen; das Zentrum aber stimmte dagegen, weil sie ihm schon viel zu weit gingen. — Möge

die Regierung wenigstens die Missstände beseitigen, deren Vorhandensein ihrem Freund hört, so überzeugend dargelegt hat. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es ist nicht zu vermeiden, dass die Neulenförsicherung ganz individuell behandelt werden muss. Es ist ein großer Unterschied, ob z. B. ein Feinmechaniker oder ein gewöhnlicher Handarbeiter ein Stück von einem Finger verloren hat. Das Feststellungsvorfahren muss allerdings verbessert und namentlich beschleunigt werden. Wo die Verhandlung sich in die Länge zieht, wird der Verletzte einen Vorwurf erhalten müssen, der freilich nur bei schweren Verletzungen gewährt werden kann. Das tatsächlich häufige Vorkommen von Simulationen kann durch keine Maßnahmen aufgehoben werden. Bedauerlich ist es, wenn dafür Stimmen gemacht wird, die Rentenzahlung an ausländische Arbeiter abzuschaffen. Das heißt geradezu eine Prämie auf die Beschäftigung ausländischer Arbeiter sezen. Letzter ist zurzeit die Beschäftigung ausländischer Arbeiter nicht ganz zu vermeiden; man muss aber auf ihre allmähliche Beseitigung hinarbeiten und auch in Absicht hierauf ist an der Rentenzahlung für ausländische Arbeiter festzuhalten. Die verschiedenen Eingänge am Verhörfürsorgegebäude sind durch den starken Verkehr in diesem Gebäude bedingt.

Giekerks (S.): polemisiert gegen die sozialdemokratischen Redner und wirft ihnen vor, dass sie den Arbeitern die Versicherungsgesetze vereinkten. Die Herren von der Rechten mögen doch einmal prüfen, ob die Landflucht nicht in einem gewissen Zusammenhang mit dem Fehlen einer Krankenversicherung auf dem Lande steht. (Hört, hört! links.)

Dr. Muggdahn (FDP): fordert Trennung der Schiedsgerichte von den Landesversicherungsanstalten. Bei den Schiedsgerichten dürfen nur Ärzte fungieren, die völlig unabhängig von den Berufsgenossenschaften sind. — Abg. Stadthagen ist bei der Unfallversicherung für freie Arztwahl, bei der Krankenversicherung dagegen. Die Ärzte, deren Standpunkt ich vertrete, sind in beiden Fällen für freie Arztwahl. Mustergültig ist die Einrichtung des Vertragskollegs, welches wir Vertreter der freien Arztwahl in Gemeinschaft mit den sozialdemokratischen Arbeiterschwestern geschaffen haben. — Das die Vollrente nur 66% Proz. beträgt, bedauert auch ich; aber der große Fortschritt der Unfallversicherung über das Haftpflichtgesetz besteht darin, dass prinzipiell nicht nach Schuld oder Unschuld gefragt wird. Das nicht anzuerkennen, ist eine große Ungerechtigkeit der Sozialdemokratie. (Beifall bei den Freien.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: bezeichnet die soziale Tätigkeit als den Edelstein in der Krone der Verwaltungstätigkeit. (Beifall links.) Das eine Reform der Krankenversicherung nötig ist, steht fest; aber über den Inhalt dieser Reform gegen die Meinungen weit ausgetauscht. Es ist noch nicht entschieden, ob wir ein Gesetz zur Krankenversicherung vorschlagen oder bis zur Vereinheitlichung der ganzen Versicherungsgesetzgebung warten wollen. Viele Gründe sprechen aber für den Erlass eines Notgegesetzes. (Hört, hört bei den Soz.)

Völkenbuhr (SD): bedauert, dass der Grundsatz des alten Haftpflichtgesetzes — Vollentschädigung für den Unfall, es sei denn, dass der Arbeiter ihn nachweislich absichtlich herbeigeführt hat — nicht in die Versicherungsgesetzgebung aufgenommen worden ist, während er im Bürgerlichen Gesetzbuch z. B. bei der Entschädigungspflicht der Viehhälter Aufnahme gefunden hat. — Das Zentrum hat nicht nur bei den Novellen zu den Versicherungsgesetzen gegen unsere Anträge gestimmt, sondern häufig auch bei den dritten Besetzungen seine eigenen Verbesserungsanträge niedergestimmt geholfen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es hat auch die Anregungen der christlichen Arbeiterorganisationen nicht berücksichtigt und es uns überlassen, diese zu Gesetzesvorschlägen zu formulieren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Erfahrung zweier Jahrzehnte hat gelehrt, dass die sogenannten Lasten, welche die Versicherungsgesetzgebung der Industrie auferlegt, diese nicht an einen glänzenden Ausschwung verhindert haben. Die gesammelten Erfahrungen gestatten, an eine Reform der ganzen Versicherungsgesetzgebung zu gehen. Diese darf aber nur in der Richtung einer Mehrung nicht in einer Beschneidung der Arbeiterrichtlinien erfolgen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Muggdahn (FDP): Die Konsequenz der vollen Entschädigung ist auf der anderen Seite der Wegfall jeder Entschädigung, z. B. bei nachgewiesener Fahrlässigkeit. Wenn politische Momente in die sozialen Gesetze hineingetragen werden, so mag sich die Arbeiterschaft bei der Sozialdemokratie bedauern.

Erzberger (S.): polemisiert gegen den Abg. Molkenbuhr. Es ist wahr, dass das Zentrum 1899 gegen die 1897 von ihm beantragte Erhöhung der Vollrente von 66% auf 75% gestimmt hat (Hörte b. d. Soz.: Na also!), aber nur, weil das Gesetz sonst gescheitert wäre. (Sehr wohl! im Zentrum.) Das Haftpflichtgesetz macht die Unternehmer nur für die nachweisbar durch sie verursachten Unfälle verantwortlich, und das sind etwa nur 16 Proz. aller Unfälle. (Hört! Hört! im Zentrum, und rechts). Das Zentrum, auf positives Schaffen bedacht, kann sich nicht den Luxus unannehmbarer Anträge und Beschlüsse gestatten, den eine agitatorische, revolutionäre Partei wie die Sozialdemokratie sich leisten darf. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Stadthagen (SD): Obwohl kleine Vorteile für den Arbeiter auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung nicht unser letztes Ziel sind, so sind wir doch auch in der sogenannten Gegenmarktarbeit dem Zentrum weit voraus. Die Vertrauenssäcke der Berufsgenossenschaften sind die allerunsozialistischen Leute. Hier in Berlin können sich die Arbeiter schließlich noch an andere Ärzte wenden. Aber draußen, auf dem platten Lande, in dem ganzen Ruhrgebiet, stehen alle Ärzte unter einem furchtbaren Unternehmerterrorisimus, so dass sie gar nicht wagen dürfen, arbeiterfreundliche Ärzte auszustellen. Wie soll man sich über die Bünzlerei der Konservativen und der Antisemiten wundern, wenn man sieht, welch einen engherzig-zünftlerischen Standpunkt die von Herrn Muggdahn vertretenen freimaurerischen Ärzte in der Frauenfrage, in der Kassenfrage und in vielen anderen Fragen einnehmen! — Es ist sehr zu fürchten, dass die von der Regierung geplante Veränderung der Versicherungsgesetzgebung, weit entfernt, den Arbeitern die Gleichberechtigung zu geben, ihre Rechte vielmehr noch mehr verlieren wird. (Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Debatte.

Das Gehalt des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes wird bewilligt, ebenso nach unwesentlicher Debatte der Rest des Kapitals.

Beim Kapitel *Kanalamt* bringt

Hoeck (FDP): Beschwerden der Gemeinde Brunsbüttel vor und fordert Aufbesserung der Kanalbeamten, besonders der Unterbeamten.

Dr. Kreindt (SPD): fragt über die Beeinträchtigung der Jagdrechte der Gemeinden am Nordostkanal.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, dass bringende Gründe dagegen sprechen, den Gemeinden auf den schmalen Streifen unmittelbar neben dem Kanal das Jagdrecht einzuräumen. Es ist sehr schwer, der Gemeinde Brunsbüttel eine bessere Verbindung mit dem anderen Kanalabschnitt zu verschaffen, da sowohl eine Dampffähre, wie eine Schwebefähre, wie eine feste Brücke sich als unpraktisch erwiesen haben. Eine Wasserstraße zwischen zwei Steeren bedeutet immer eine gewisse Verkehrsbeschränkung für die anliegenden Gemeinden. Die Dienstzeit der Lotsen ist von 12 Stunden auf 10 Stunden herabgesetzt. Ich will Erklärungen darüber eingehen, ob einzelne Lotsen bis zu 16 Stunden zu arbeiten haben.

Dr. Leonhardt (SPD): bringt zur Sprache, dass man einen im Kanal gefundenen Dampfer nicht habe heben können, und schlägt sich im übrigen den Beschwerden der Vorredner an.

Dr. Leonhardt (SPD): wiederholt seine Klagen und beruft sich auf den preußischen Landwirtschaftsminister.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es wird dem Abg. Dr. Leonhardt nicht gelingen, einen Gegensatz zwischen mir und dem preußischen Landwirtschaftsminister zu konstruieren. (Heiterkeit.) Uebrigens ist die Frage so untergeordnet, dass ich wirklich nicht darauf eingehen kann.

v. Starbross (SPD): Die Eisenbahnverwaltung hat nie daran gedacht, sich neben den Schienen einen eigenen Jagdbezirk zu errichten.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird das Kapitel *Kanalamt* bewilligt.

Beim Kapitel *Aufsichtsamt für Privatversicherung* spricht

Dohlem (S.): über die Misshandlung in den amerikanischen Lebensversicherungsgesellschaften und regt an, die Gesellschaften zu zwingen, in deutschen Papieren eine Kautions für die Sicherstellung der Ansprüche der deutschen Versicherten zu hinterlegen.

Bassermann (ML): hält die Klagen über die amerikanischen Gesellschaften für übertrieben und fragt an, ob nach Ansicht der Reichsregierung die englischen Versicherungsgesellschaften bei einem etwaigen Kriege mit England sich weigern würden, die fälligen Gelder an deutsche Versicherte auszuzahlen. Es ist das allerdings kaum glaublich, da es einer großen Kulturnation unwürdig wäre, rein zivilrechtliche Ansprüche in Kriegszeiten nicht anzuerkennen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Mutual und New York haben Kautions hinterlegt; mit der Equitable schweden Verhandlungen. Über die amtlichen amerikanischen Untersuchungen gegen die New York liegt noch kein amtlicher Bericht des Auswärtigen Amtes vor. Ob englische Gesellschaften im Kriegsfall zur Zahlung verpflichtet sind, ist strittig. Ich persönlich glaube, dass die Forderung nicht eintragbar ist. (Abg. Graf Orla ruft: Hört! hört!) Es ist aber möglich, dass ich mich irre. Die Frage hat aber nur akademische Bedeutung, denn nach der Sicherung ihrer Vertreter werden die Gesellschaften nicht an eine Einstellung der Zahlungen denken. Soweit die Rechtsfrage unsicher ist, sind wir berechtigt, neuen Gesellschaften die Koncession zu versagen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Vorher Handelsvertrag mit Besslingen. Schluss 6½ Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Bübed, den 19. Februar 1906.

Der Wortsführer Dr. Götz eröffnete die Sitzung um 8½ Uhr.

Die Wahl des ersten Stellvertreters des Wortsführers hatte folgendes Resultat: Gewählt wurde Kaufmann Jenne mit 59 Stimmen; drei Bettel waren unbeschrieben.

Zur Geschäftsordnung bemerkte:

Lauenstein, dass die Landwirte die letzte Sitzung vor deren Beendigung verlassen hätten, weil berufliche Verhältnisse sie dazu zwangen. In Zukunft würden sie überhaupt gegen die Abendstungen stimmen.

Dr. Ziehl bemerkte, dass die Landleute sich ja für Beratung hätten erklären können, dann wären sie nicht als unentschuldigt fehlend vermerkt worden.

Der erste Senatsantrag betrifft die Abänderung des am 24. Oktober 1882 zwischen dem Finanzdepartement und Henry Koch abgeschlossenen Vertrages.

Derselbe wird debattelos angenommen.

Der zweite Senatsantrag verlangt den Erwerb von Ländereien an der Trave und am Ufer des Elbe-Trave-Kanals.

Zur Geschäftsordnung wünscht A. Pape, dass die Tagesordnung der letzten Bürgerschaftsversammlung erst aufgearbeitet und demgemäß nunmehr der Antrag auf Bevorzugung einer Unterstützung an die notleidenden Deutschen im Niederrhein beraten werde.

Der Wortsführer betont, dass das geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig ist.

Brunn regt an, dass in Zukunft die ausgehängten Plakate mit denselben Nummern versehen werden, wie die Vorlage sie aufweist. Weiter fragt er an, ob der Ankauf des Drägerschen Grundstückes bei Lauen zum Zwecke des Baues von Arbeiterwohnungen, wie es von den Britungen gemeldet wurde, im Zusammenhang mit der Gründung des Hochhofwerks, an dem doch der Lübeckische Staat beteiligt ist, steht.

Senator Scheinburg verneint das.

A. Pape wünscht, dass etwas mehr für die heimische Industrie getan wird.

Der Senatsantrag findet darauf Annahme.

Beim Senatsantrag betrifft Feststellung der im Rechnungsjahre 1906 auszuführenden Plasterungsarbeiten in der Stadt zunächst v. Schack, dass die Abgabe für die Straßenplasterung nur einmal erhoben wird, und nicht bei jeder Neuverpflasterung.

Senator Dr. Schönen erlässt, dass so, wie Schack verlangt, von der Behörde verfahren wird.

R. Schäfer beantragt die Plasterung der oberen Engelsgrube.

Senator J. H. Evers: Die Plasterung der oberen Engelsgrube kann nicht vor deren Höhenregulierung vorgenommen werden.

Wissell hält die Fassung des Senatsantrages nicht für glücklich, da man nicht ersehen könne, woher die Mittel für die Neuverpflasterungen genommen werden sollen. Aus der Vorlage geht hervor, dass bereits einmal, am 30. Mai 1904, die verfassungsmäßige Genehmigung zur Neuverpflasterung der Untertrave erteilt sei; deshalb ist es doch überflüssig, dass dies nun noch einmal geschehen soll.

Der Wortsführer bemerkte, eine spezielle Darlegung über die zur Verwendung kommenden Kosten befindet sich im Stat.

Senator J. H. Evers (unverständlich) scheint Wissell Antwort auf seine Fragen zu geben.

Th. Schwarzkopf fragt, ob mit der Regulierung und Plasterung der Untertrave auch zugleich eine Regulierung der einmündenden Straßen und Gänge vorgenommen sei. Letztere würden sonst durch die Regulierung der Untertrave benachteiligt, weil die Schmutzwasser nicht mehr abfließen könnten.

Hempel kritisiert die Zustände in der Jackenburger Allee; namenlich für Fußgänger werde dort nichts getan. Beim Lohnmühlenweg habe man die bessere Hälfte des Fußsteiges in einen Radfahrweg umgewandelt. Man sollte doch bedenken, dass es auch noch Fußgänger gebe.

Jenne batet um Annahme des Antrages Nähler. Weiter bemerkte er gegenüber Wissell, dass die Befestigungsarbeiten bereits seit langen Jahren in derselben Form verlangt würden, wie im vorliegenden Senatsantrag.

Wissell bemerkte, dass ihm die bisher auf seine Frage erhaltene Auskunft nicht genüge. Er erucht darum eine Besserung der unerhörten Verhältnisse in der Schwartauer Allee und Schönblenerstraße.

Senator J. H. Evers: Die Baudéputation beschäftigt sich gegenwärtig mit einer Vorlage bez. Neupflasterung vorstädtischer Straßen.

A. Pape befürchtet das; er hätte schon geglaubt, dass man die Vorstädte ganz vergessen habe.

Nach weiteren unwesentlichen Erörterungen wird der Antrag Nähler abgelehnt und die Senatsvorlage angenommen.

Debatte los angenommen wird der Senatsantrag bez. Errichtung eines ersten Senats bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht.

Der nächste Senatsantrag, welcher den Neubau der äußeren Holstenbrücke und den Durchstich des Stadtgrabens unter Herstellung eines provisorischen Siedlungsplatzes in der Durchdämmerung des Stadtgrabens zum veranschlagten Betrage von 475.000 Mk. vorbehältlich der Entscheidung über die architektonische Gestaltung der Brücke, mit der Möglichkeit zur Ausführung zu bringen, dass für den Durchstich in dem Antrage beigegebenen Zeichnung Blatt 4 dargestellte Lage gewählt wird; 2) den Umbau der Holstentorstraße auf der Strecke von der ersten Wallstraße bis zum Lindenplatz zum Betrage von 131.000 Mk. auszuführen; 3) dass der Baudéputation für den Erwerb des zum Brückenbau aus dem Grundstück Moislinger Allee Nr. 1 notwendigen Areals das Enteignungsrecht verliehen werde; 4) dass der Baudéputation zur Auszeichnung eines Wettbewerbs unter deutschen Architekten zwecks Aufstellung eines Planes für das Gelände zu beiden Seiten der Holstentorstraße in den Grenzen des auf der vorgelegten Karte rot umranderten, im Norden durch eine rot markierte Linie begrenzten Gebiets die Summe von 9000 Mk. zur Verfügung gestellt und dass die Deputation beauftragt werde, ein Programm für diesen Wettbewerb auszuarbeiten und dem Senat zur Genehmigung zu unterbreiten, in welches auch die Aufgabe mit aufzunehmen ist, für die architektonische Gestaltung der neu zu errichteten Holstentorbrücke, unter Beibehaltung des Figurenschmucks der alten Brücke, Vorschläge zu machen; 5) dass die unter I und II bezeichneten Kosten auf Ratsheimermittel, die unter IV bezeichneten auf Abschnitt VIII des Städtebudgets für 1905 angewiesen werden.

Senator J. H. Evers wendet sich gegen den Abänderungsantrag des Bürgerausschusses, der die Straßebreite auf 15 Meter festsetzen will, gegenüber dem Senatsantrag, der 14 Meter hierfür vorsieht. Auch der Baudirektor Schaumann hat sich in seinem Gutachten gegen den Antrag des Bürgerausschusses ausgesprochen.

Blundt hält die Brücke, wie sie geplant ist, überhaupt für zu schmal. Bei dem zu erwartenden lebhaften Verkehr auf der Brücke sei eine Breite von 30 Meter angebracht. Bedenklich ist es, dass man die Gas- und Wasserrohre unter der Brücke anbringen will; dieselben würden besser — wie es auch bei der Dreibrücke der Fall sei — in einem Tunnel unter dem Grunde des Wassers durchgeführt. Redner rät sodann, dass kein Wettbewerb für die Ausgestaltung der Brücke ausgeschrieben sei. Auch die Höhe der Brücke sei nicht richtig gelegt; es scheine, als ob man das alte Bahnhofsgebäude für alle Seiten erhalten wollte. Es wäre besser, wenn die Richtung der neuen Holstentorstraße nach den Holstentürmen führe. Wenn der Vorschlag gemacht worden sei, die Holstentürme zu heben und zu verschieben, so erkläre er sich ganz entschieden dagegen. Er beantragt Verweisung der Senatsvorlage an eine Kommission.

Senator J. H. Evers hält es für verkehrt, einen Wettbewerb für die Ausgestaltung der Brücke auszuschreiben, bevor man wisse, wie dieselbe eigentlich gebaut werden solle. Was die Breite der Brücke anlangt, so sei sie in der vorgeschlagenen Weise völlig ausreichend. Sollte sich später die Notwendigkeit einer Verbreiterung derselben herausstellen, so kann das ohne erhebliche Mehrikosten bewerkstelligt werden. Nicht zweckmäßig sei es, die Straße bei den Holstentürmen zu gabeln.

A. Pape: Wir sind zwar im großen und ganzen mit der Senatsvorlage einverstanden, hätten aber gewünscht, dass uns mehr Zeit zur Beratung derselben zur Verfügung stände. Der Senat musste seit langem wissen, dass der Neubau der Brücke notwendig sei und hätte uns deshalb längst eine Vorlage bringen müssen. Die Abwässerung des Holstentores. Während des Brückenaufbaus soll der Stadtgraben an dieser Stelle aufgeschüttet und nur ein 80 Centimeter breiter Kanal durch den Dammar hindurchgeführt werden. Da die Siele der Vorstadt St. Lorenz in den Stadtgraben münden, so entstehen, weil kein Abfluss vorhanden ist, schwere sanitäre Bedenken, die auch vom Medizinalkollegium ausgesprochen worden sind. Was die Breite der Brücke anlangt, so sind wir der Meinung, dass dieselbe möglichst groß sein müsse. Dann fragt Redner, wie hoch sich ungefähr der Preis für das im Enteignungsverfahren zu erwerbende Grundstück kommen würde.

Senator J. H. Evers hält es nicht zweckmäßig, sich über die letzte Frage vor aller Öffentlichkeit zu äußern. Man hätte bei dem Brückenaufbau sich alle Erfahrungen der Neuzeit zu Nutze gemacht.

Wissell: Wir monieren nicht so sehr, dass uns die gegenwärtige Vorlage erst jetzt gezeigt wird, als die Tatsache, dass der Senat uns noch nicht erteilt einen Antrag auf Erbauung eines Hauptstieles für die Vorstadt St. Lorenz entgegengesetzt hat. Die gesundheitlichen Bedenken gegen die Aufschüttung des Stadtgrabens sind schwer. Das Schmutzwasser werde auf ein Jahr um die Stadt herumgeführt, da kein genügender Abfluss vorhanden sei. Dass auch in maßgebenden Kreisen das Wasser des Kanals

und Stadigrabens als stark verunreinigt angesehen werde, gebe schon daraus hervor, daß man von der Verwendung dieses Wassers zur Speisung eines angelegten Teiches Abstand nahm. Säte man bereits das doch notwendige Sied gebaut, so könnte man leicht die 10.000 Ml. für das unzureichende Provisorium sparen.

Senator Dr. G. Ewers: Man muß auch mit den vorhandenen Mitteln rechnen. Der Silsbau hat nicht früher ausgeführt werden können.

Dahm's meint, daß es wünschenswert ist, vor dem neuen Aufstieg der Lübeckischen Allee erste Fußsteige zu schaffen. Insbesondere bedenke er, daß der Bau der Straße zu gleicher Zeit an zwei Stellen vorgenommen wird.

Wissell wünscht, daß beim Bau der Brücke der Unternehmer gehalten werde, die hierzu zwischen den in Betracht kommenden Arbeitern und Arbeitgebern vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beachten. Das liegt im beiderseitigen Interesse.

Lauwieser fragt an, in welcher Weise die neue Brücke gepflastert und ob sie horizontal gebaut werden soll.

Senator Dr. G. Ewers: Die neue Brücke wird gebaut und gepflastert und die Straßenbrücke.

Blum tritt nochmals für Kommissionsberatung ein. Hat der Senat 4 Jahre gebraucht, um uns die Vorlage entgegenzubringen, so können wir doch für deren Beratung mindestens 3 Monate beanspruchen.

Senator Dr. Schön: Auch die Bürgerschaft hat bereits 3 Monate Zeit zur Beratung der Senatsvorlage gegeben, denn dieselbe ist dem Bürgerausschuß vor 3 Monaten zugegangen.

Dr. Wachmann: Ich muß bedauern, daß Herr Senator Dr. Schön mit so billigen Scherzen die Einwendungen des Herrn Blum abtun versucht.

Senator Dr. Schön: Meine Ausführungen sollten keine Scherze sein; ich habe ganz richtig betont, daß der Senat die Vorlage bereits vor drei Monaten dem Bürgerausschuß zugehen ließ.

Der Antrag Blum wird darauf abgelehnt und die Senatsvorlage mit der Neuerung des Bürgerausschusses, die Straßentiefe auf fünfzehn Meter festzusetzen, angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Nachträge zum Gesetz vom 15. Dezember 1902, das lübeckische Staatsbürgersrecht betreffend, zu der Notariatsordnung vom 23. April 1900 und zu der Verordnung vom 11. November 1840, die Erwerbung und Ausübung von Hypothekengerechtsamen betreffen.

Hierzu liegt ein Antrag Wissell vor, der wie folgt lautet:

Ich beantrage, den Nachtrag zum Gesetz vom 15. Dezember 1902, das lübeckische Staatsbürgersrecht betreffend, zu fassen, wie es sich aus Nachfolgendem ergibt: Die Einleitung lautet, statt „Die Artikel 1 und 3 des Gesetzes.“: „Die Artikel 1, 2 und 3 des Gesetzes usw.“ Die ersten drei Worte im Artikel 1 werden gestrichen und dafür gesetzt: „Jeder zwanzigjährige oder schon frischer“. Weiter wird der erste Zwischenabsatz zwischen dem ersten und zweiten Komma, sowie das erste Komma selbst, gestrichen. Dem ersten Absatz wird hinzugesetzt: „und tritt mit Erteilung des Staatsbürgersrechts in die sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten ein.“ Artikel 2 lautet: „Allen lübeckischen Staatsangehörigen, welche das Staatsbürgersrecht erworben haben, stehen uneingeschränkt die gleichen Rechte zu. Die entgegenstehenden Bestimmungen der Verfassung oder anderer auf die Teilnahme an der öffentlichen Verwaltung bezüglichen Gesetze und Verordnungen sind vom Tage der Bekündung dieses Gesetzes ab aufgehoben. Die redaktionelle Fassung der sich hierauf ändernden gesetzlichen Bestimmungen bleibt besonderem Gesetz vorbehalten. In Artikel 3 wird die Bestimmung unter Ziffer 2 wie folgt gefaßt: 2) daß er das 20. Lebensjahr vollendet hat oder schon früher volljährig erklärt ist. Die weiteren Bestimmungen unter Ziffer 3 und 4, sowie Absatz 2, werden gestrichen.“

Rudolf Wissell.

Das Gesetz wird also lauten: Der Senat, im Einvernehmen mit der Bürgerschaft, hat beschlossen und verlindet als Gesetz: Die Artikel 1, 2 und 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 1902, das lübeckische Staatsbürgersrecht betreffend, werden aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt: Artikel 1. Jeder zwanzigjährige oder schon frischer für volljährig erklärt männliche Angehörige des lübeckischen Freistaates ist, sofern und solange ihm nicht die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Amtier oder die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind oder er unter Polizeiaufsicht gestellt ist, berechtigt, gegen Erfüllung der gesetzlichen Bedingungen (Artikel 3 und 4) die Erteilung des lübeckischen Staatsbürgersrechts zu begehrn. Beamte im Sinne des Gesetzes vom 29. April 1899, die Rechtsverhältnisse der Beamten betreffend, sowie Notare sind verpflichtet, binnen 3 Monaten nach ihrer Anstellung bzw. Ernennung das Staatsbürgersrecht zu erwerben. Artikel 2. Allen lübeckischen Staatsangehörigen, welche das Staatsbürgersrecht erworben haben, stehen uneingeschränkt die gleichen Rechte zu. Die entgegenstehenden Bestimmungen der Verfassung oder anderer auf die Teilnahme an der öffentlichen Verwaltung bezüglichen Gesetze und Verordnungen sind vom Tage der Bekündung dieses Gesetzes ab aufgehoben. Die redaktionelle Fassung der sich hierauf ändernden gesetzlichen Bestimmungen bleibt besonderem Gesetz vorbehalten. Artikel 3. Wer die Erteilung des lübeckischen Staatsbürgersrechts begehrn, hat bei der Aufnahmehilfe (Artikel 7) nachzuweisen, 1) daß er die lübeckische Staatsangehörigkeit besitzt; 2) daß er das 20. Lebensjahr vollendet hat oder schon früher volljährig erklärt ist.

Dr. Siehl hätte einen vierten Nachtrag gewünscht, und zwar bezüglich der Verzettelkammer.

Senator Dr. Neumann hält einen solchen Nachtrag nicht für notwendig.

Wissell: Ich muß zunächst die Begründung der Senatsvorlage kritisieren. In derselben heißt es, daß der Senat es unliebsam empfunden hat, daß in Lübeck eine ganze Anzahl von Bürgern vorhanden ist, die zwar das Bürgerrecht, aber kein Wahlrecht zur Bürgerschaft besitzen. Es handelt sich hierbei nicht nur um Arbeiter, sondern um Beamten und Notare. Bei den letzteren empfindet der Senat es anscheinend nicht unliebsam, wenn sie zwar Bürger sind, aber kein Wahlrecht besitzen, denn die von ihm beabsichtigte Verschlechterung des Bürgerrechtsvertrags soll sich auf diese Kategorien nicht erstrecken. Doch es tatsächlich unliebsam empfunden wird, daß zahlreiche lübeckische Bürger kein Wahlrecht besitzen, ist zweifellos, und zwar empfinden dies die Leute unliebsam, die davon betroffen sind. Wollte der Senat diesen Unbehagen beseitigen, so hätte er ja wahlrechtslosen Bürgern das Wahlrecht geben können; das will er jedoch nicht, im Gegenteil, es sollen sogar die Rechte verkürzt werden. Eigentlich hätte man erwarten sollen, daß von Seiten der Notare ein Protest gegen die vorliegende Senatsvorlage erhoben wäre. Durch

die im vorigen Jahre vorgenommene Befreiung des Bürgerschaftswahlrechts ist mehr Hass und Ritterkeit gegen die bestehende Klasse in das Volk hineingetragen worden, als es der rechten Agitation unserer Heber möglich gewesen wäre. Der Reichstagswahlkreis Lübeck wird niemals dem Bürgertum wieder zufließen, da durch die Errichtung weiterer Wahlkreise erst viele Sozialdemokratie geschichtet seien. Wie könnten uns eigentlich über Ihren vorsätzlichen Verlust, der ausschließlich unsere Partei nützt, nur freuen; doch wir wollen Ihnen Gelegenheit geben, zur Wiederherstellung der Gegefäße beizutragen, und zwar gleichzeitig das durch meinen Antrag, desselbe ist reiflich erwogen und wird alle Härten bestreiten, die Sie im vorigen Jahre beschlossen haben. Das Sie jedoch nicht annehmen werden, ist mir völlig klar. (Allseitige Zustimmung.) Ich will nunmehr feststellen, daß Sie meinen Antrag ablehnen, ohne auch nur seine Begründung gehört zu haben. Sie kommen also mit vorausgesetzten festen Meinungen in die Bürgerschaft, während wir erst alle in Betracht kommenden Momente prüfen und dann handeln. Anders hat der Parlamentarismus überhaupt keinen Wert. Bei der Abstimmung des Wahlrechts habe man den Besitzenden mit Schiffen, den Arbeitern jedoch nur mit Löffeln gegeben. Da kann denn auch einmal der Fall eintreten, daß das Volk sagt: bis herher und nicht weiter. Die Entziehung des Volkes ist geschehen in demselben Jahre, in dem auch Sie dem Friedensschiff der Schiller Lieder sangen. Redner geht so oft auf einen Artikel in den „Lübeckischen Anzeigen“ ein, in dem die Wahlrechtsvorlage verteidigt werden sollte, der jedoch scharf gegen dieselbe spricht. In demselben wird nämlich gezeigt, daß nicht der Besitz der Maßstab für die politische Einsicht sei. Die Arbeiterschaft will nicht abhängig sein von dem Wohlwollen ihrer Klassengegner, sondern sie verlange ihr Recht. Was in den vorigen Verhandlungen zur Begründung der Vorlage angeführt ist, waren nichts als schillernde Phrasen. Die Entwicklung läßt sich nicht dauernd durch auf papiernen Zeichen geschriebene Gesetze hemmen. Während man überall, in Österreich und sogar in Russland daran geht, das Wahlrecht zu verbessern, verschlechtert man es in Lübeck. Die Lübecker Bürger sind mit Recht stolz auf die große Vergangenheit ihrer Vaterstadt, die einst Könige ablesen konnte. In früheren Jahren suchte man die Allgemeinheit für die Gemeininteressen zu gewinnen, indem man das Wahlrecht nach Möglichkeit democratisierte. Damals besaß auch das Bürgertum noch Ideale, die heute jedoch längst verschwunden sind. Es ist eben aus den Händen bekommen. Nun will ich noch darauf hinweisen, daß in dem im vorigen Jahre beschlossenen Bürgerschaftswahlgesetz eine Härte vorhanden ist, die Sie wohl selbst nicht einmal beabsichtigt haben. Es heißt dort nämlich, daß jeder Bürger wahlberechtigt sein soll, der in vier einander folgenden Jahren alljährlich Steuern gezahlt hat. Nun hat der Bürgerausschuß diese Bestimmung so ausgelegt, daß derjenige nicht wahlberechtigt ist, der wohl alljährlich Steuern gezahlt, aber für ein oder mehrere Quartale Steuererlaß erhalten hat. Ich bin der Meinung, wenn die Gerichte darüber zu entscheiden hätten, so würde die Aussöhnung des Bürgerausschusses nicht bestehen bleiben können. Auch ist wohl nicht beabsichtigt gewesen, diejenigen Leute, die keine böswilligen Schulden sind, die aber aus Not einmal einen Öffnungsbeitrag geleistet haben, rechtlos zu machen. (Dr. Benda nicht.) Wenn Sie das wirklich gewollt haben, so steht mir zur Charakterisierung dieser Handlungsweise kein parlamentarischer Ausdruck zur Verfügung. Durch den vorliegenden Senatsantrag wird die Erbitterung im Volke noch verstärkt werden. Lehnen Sie denselben deshalb ab und nehmen Sie meinen Antrag an; durch denselben geben Sie allen Kreisen gleiche Rechte.

Senator Dr. Neumann: Mit schwerem Herzen hat der Senat im vorigen Jahre der Bürgerschaft die Wahlrechtsänderung vorgeschlagen. Die heutige Vorlage ist nur eine Konsequenz derselben. Das ungefundene Verhältnis, daß es zweierlei Bürger gebe, solche mit und ohne Wahlrecht, wolle der Senatsantrag beseitigen. Die Wahlrechtsänderung sei im vorigen Jahre nur vorgenommen worden, um dem Bürgertum die Freiheiten zu erhalten, die es in seiner großen Vergangenheit erworben habe. Es sei eine Pflicht der Selbsterhaltung gegenüber der Sozialdemokratie gewesen. Unser republikanische Staat sei nicht mit den monarchischen zu vergleichen; eine sozialdemokratische Mehrheit hätte seine Existenz vernichten können. Das hanseatische Bürgertum habe deshalb zu geeigneter Zeit ohne sentimentalität das Richtige getan, und merde diejenigen Schritte auch nicht bereuen. Es wird im gegnerischen Lager immer von Geldsackpolitik gesprochen; das ist nicht richtig. Uebrigens ist Ungleichheit durchaus nicht dasselbe wie Unrecht.

Stiller: Die Bürgerschaft hat die Wahlrechtsänderung im vorigen Jahre nach reiflicher Überlegung beschlossen und wird diesen Beschluss auch nicht nach der Rede Wissells umstoßen. Wir wollen nicht, daß der Staat gleich den Parteien vergeht. Nicht durch die vorjährige Wahlrechtsvorlage, sondern durch die Sozialdemokratie und deren Organe ist die Erbitterung in die Bevölkerung hineingetragen worden. Ein Urteil ist es, daß bereits 20-jährige Leute mitrate und mittaten sollen. Man muß die Stimmen nicht zählen, sondern wägen. Was hier beschlossen wird, ist Recht und kann niemals Unrecht sein. Redner empfiehlt sodann die Annahme der Senatsvorlage.

Dr. Siehl hält die Begründung des Senatsantrages für mangelhaft.

Senator Dr. Schön bittet, doch nicht immer die Senatsvorlagen als mangelhaft begründet zu bezeichnen. Alles kann man doch nicht gedruckt bringen. Im übrigen sind doch die Verhandlungen dazu da, über Unklarheiten Ausklärung zu schaffen.

A. Pape: Ich muß trotz der Ausführungen des Herrn Senatskommissars die Vorlage als ungünstig bezeichnet haben. Durch die vorjährige Senatsvorlage sollte in erster Linie das linksliberale Bürgertum getroffen werden; man wollte überhaupt jede freie Regung unterdrücken. Viel schlimmer ist es, wenn ein Staat agrarisch regiert wird, als wenn die Sozialdemokratie die Herrschaft hat. Das Gesetz ist im vorigen Jahre von Ihnen nur beschlossen worden, um sich vor dem Verlust einiger Sitze im Saal zu schützen.

Dr. Schwarz: Die lübeckische Politik befindet sich im Kreislauf. Nachdem man im Jahre 1848 zur äußersten Demokratie gelangt ist, bewegt man sich nunmehr in absteigender Linie. Ich bin davon überzeugt, daß wir im Jahre 1908 wiederum mit einer Wahlrechtsänderung zu beschäftigen haben. Soweit geht die Furcht vor der Sozialdemokratie. Glauben Sie, wir würden den Staat gleich umkrepeln. Wenn wir die Herrschaft im Staat besäßen und Fehler machen, so würde uns das Volk bald hinwegsetzen. Im Reichstage bekämpfen wir zwar die Forderungen für Heer und Marine, jedoch bewilligen wir alle Ausgaben für Kultuszwecke. (Widerspruch.) Wenn Sie das nicht wissen, sind Sie einseitig unterrichtet. Die Sozialdemokratie wird mit der industriellen Entwicklung

wachsen und Sie werden sie nicht hemmen können durch die Gesetzgebung.

Senator Dr. Neumann: Ich habe nicht gesagt, daß das Bürgertum hier nicht mit der Sozialdemokratie zusammen arbeiten, sondern sich nicht majoritär lassen will.

Wissell hebt nochmals die unangefochtene Begründung des Senators Neumann, daß in Lübeck eine objektive Unmöglichkeit besteht. Stiller habe sich so weit nach rechts gesmaut, daß an ihm Hoffnungen und Pläne verloren seien. Wenn wir bei dieser Vorlage nicht deutlich gesprochen hätten, müssten wir Waschlappen sein. Durch die Wahlrechtsentziehung könnte es einmal dahin kommen, daß ein Zusammenschluß erfolge, bei dem auch Leben und Gesundheit gefährdet werden.

Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen.

In der Spezialberatung fragt Dr. Benda, ob Wissell in seinem Antrag wirklich nur das Wahlrecht für alle männlichen Bürgern fordern habe. Programmatisch müßten es doch auch die Damen erhalten.

Wissell erwidert, daß er das wohlbedacht und deshalb einen anderen Wahlkreis so gefaßt habe, daß dies in einem späteren Gesetz geschehen solle.

Dr. Siehl kritisiert nochmals die Auslegung des Bürgerausschusses bezüglich des Begriffes alljährliche Einkommensteuer und erucht dringend um eine Änderung.

Der Antrag Wissell wurde darauf abgelehnt und die Senatsvorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Nunmehr folgte die Abstimmung des Antrages von Aug. Pape und 9 Bürgerschaftsmitgliedern: „Die Bürgerschaft erfüllt den Senat, ihr eine Vorlage aufgegabt zu bringen, wonach den notleidenden Deutschen in Russland 5000 Mark Unterstützung gewährt werden.“

A. Pape erklärt zur Begründung, daß es selbstverständliche Pflicht sei, den notleidenden Deutschen in Russland zu helfen. Der Wortführer gibt bekannt, daß folgender Antrag von Dr. Schwarz eingegangen ist:

Beilage: in dem Antrage der Herren Aug. Pape und 9 Bürgerschaftsmitgliedern an Stelle der Worte: „den notleidenden Deutschen“ zu lesen: „den Opfern der Revolution und ihren Hinterbliebenen“ und als Schlussfolgerung hinaufzufügen: „welche den bestehenden Unterstützungsammelstellen gleichmäßig zur Verteilung zu überweisen ist.“

Brecht freut sich zunächst darüber, daß der Antrag auch von Sozialdemokraten unterstützt ist. Er bitte jedoch um Ablehnung desselben, da die öffentlichen Mittel nicht für derartige Zwecke ausgegeben werden dürfen. Niemand möge selbst etwas für die notleidenden Deutschen in Russland tun. Dann muß man auch die Konsequenzen in Bezug auf die Revolution und ihren Hinterbliebenen in Russland ziehen; so kann aus diesem Hause auch der Antrag kommen, daß den Soldaten in Südwafrika Gelder bewilligt werden sollen. Derselbe würde zweifellos Annahme finden.

Der Wortführer fragt nunmehr, ob der Antrag Schwarz genügend unterstutzt wird.

Hierauf entspint sich eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte.

Wissell meint, daß bei Abänderungsanträgen eine Unterstützung nicht notwendig sei. Der Wortführer erläutert, der Antrag Schwarz sei ein selbständiger Antrag. Als Wissell trotzdem wiederholt mit Nachdruck seine Aussöhnung vertritt, entzieht ihm der Wortführer das Wort. Hiergegen protestiert Wissell.

Nunmehr erklärt Wissell, daß die Sozialdemokraten den Antrag Pape nur unterstützen hätten, um den Schwarzschen Abänderungsantrag stellen zu können. Die Freude des Geheimrat Brecht sei somit verfrüht.

Dr. Wachmann bedauert nach dieser Erklärung, den Antrag mit unterschrieben zu haben.

Darauf wird der Antrag Pape abgelehnt.

Schluss nach 10^{1/2} Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 20. Februar.

Zugang nach den Möbelfabriken von Hinken u. Stech, Demuth u. Co., Gebr. Wasserstradt und Ad. Hess ist seitens der Möbelfabrikanten, Drechsler, Maschinen- und Hölzbarbeiter streng fernzuhalten.

Zugang von Werkarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Reptunwerft ausgesperrt sind!

Über den Bau von H. Kröger, Lindenstraße, ist seitens des Maurerverbandes die Sperrung verhängt.

Zum Möbelfabrikstreit schreibt man uns Folgendes: Nachdem jetzt die Liste der Streikenden vollständig aufgestellt ist, beläuft sich die Zahl der Streikenden auf insgesamt 170. Davon sind im Holzarbeiter-Verband 112, im Fabrikarbeiter-Verband 47, in anderen Verbänden 11. Nach dem General-Anz. sollen von 200 Beschäftigten 150 in den Ausland getreten sein, es wird somit der Anschein erweckt, als ob sich 50 Kollegen nicht am Streik beteiligt haben. Demgegenüber sei folgendes festgestellt: Bei Hinken u. Stech sind geblieben 1 Rutschter, 1 Nachtwächter, 1 Kriegsinvalid, 1 jugendlicher Arbeiter. Bei Demuth sind geblieben 3 Maschinenarbeiter, 1 Blockwägen Schneider, 1 Rutschter und 1 Arbeitsbursche. Bei Hess arbeitet ein taubstummer Tischler. Sonst arbeiten nur die Heizer, Walzer, Beizer, Bildhauer und Tapezierer, welche keine Fortbewegungen gestellt und bei der ganzen Bewegung gar nicht in Frage kommen. Es sind somit die Holzarbeiter mit einer selten beobachteten Einmütigkeit in den Kampf eingetreten.

Zu dem furchtbaren Kriegsgerichtsurteil gegen den Kettenträger G. Lohmeyer bemerkt die Frankf. Btg.: „Diese Entscheidung wird nicht nur wegen des außerordentlich hohen Strafmaßes gegen den Gemeinen, sondern auch wegen des Gegenseitigkeiten zu der milden Strafe für den Untertoßträter aufgestellt, obgleich letzter doch die unmittelbare Ursache des ganzen Vorfalls war.“ 38 Tage Mittelarrest für eine nichts würdige Soldatenquälerei und sieben Jahre neun Monate Monate Gefängnis für die in einem Moment fehlenden Berechnungsfähigkeit begangene Ausschreitung des Soldaten, für die bis auf zwei Jahre hätte heruntergegangen werden können, sind so großiose Gegenseitigkeiten, daß sich das Rechtsgefühl nimmer mehr damit abfinden kann. Wenn der unglaubliche Musketier auch sonst geistig normal ist, so hat er doch auseinander unter einer seelischen Stimmung gesiegen, die ihm das Verantwortungsgefühl raubte. Das das Gericht hierauf keine Rücksicht nahm, ist unverständlich. Wir halten die Aufrechterhaltung dieses Urteils für ausgeschlossen.“ Von den hiesigen bürgerlichen Zeitungen hat nur die „G. B.“ gewagt, das Urteil gegen Lohmeyer zu

klassifizieren. Die übrigen Blätter billigen es dennoch stillschweigend, daß der zweifellos in einem Unfall geistiger Unaufmerksamkeit die unfehlige Tat ausführende junge Mensch fast 8 Jahre ins Gefängnis wandert. Einen Offizier, der mit vollem Bewußtsein einen Soldaten erschlägt, verurteilt man zu zwei Jahren furchtblicher Festungshaft; ein Rekrut, der vorher von seinem Unteroffizier gequält und durch einen Geschwörer in seiner Willenskraft herabgeleitet, sich an seinem Vorgesetzten vergreift, erhält 7½ Jahre Gefängnis. Und beides soll Gerechtigkeit sein!

Unfall. Die Baugewerkschaftskommission meldet uns: Am Freitag den 16. Februar, kurz vor Feierabend, verunglückte der Maurer W. Beckmann, beschäftigt auf dem Neubau Deutscher Kaiser, als er mit dem Verrohren von Decken beschäftigt war. Dem B. rutschte ein Brett ab, wobei er so ungünstig auffall kam, daß er sich das linke Bein exzessiv verstauchte und fraktile Hülse im Anspruch nehmen mußte.

Stadttheater. Aus dem Theaterbüro schreibt man: Das Schauspiel "Die Waise von Lowood" wird Mittwoch zum letzten Male als vollstümliche Vor-

Heute Nacht ein stummer Stammhalter angelommen.

Georg Johannsen und Frau,
geb. Kühl.

Zum 40jährigen Geschäftsjubiläum, welches am morgigen Tage die Weinhandlung von M. Schütt feiert, besten Glückwunsch!
Glückauf für fernere!

Eine Porterrewohnung zu verm.
Preis 160 Mk.

Radeburger Allee 47.

Eine leere Stube b. J. vermietet
Ritterstraße 5, vt.

Eine fast neue Bettstelle mit Seegrasmatratze billig zu verkaufen
Georgstraße 30, 1.

Zweißige Bettstelle mit Matratze
billig zu verkaufen Ritterstraße 8 a.

Ein Sportwagen zu verkaufen
Preis 6 Mk. Stache, Elsterstraße 30.

Ein 2-schl. Bett u. ein 1-schl. Bett
billig zu verkaufen St. Annenstraße 12.

Eine Kanarienzüchterei mit Jungvögeln und Eiern
wegen Aufgabe zu verkaufen. Zu sprechen nach 6 Uhr.
Chausseestraße 1, II.

Ein junger Hahn und 2 Hühner
(hamburger Silberlack) zu verkaufen
Margaretenstraße 3

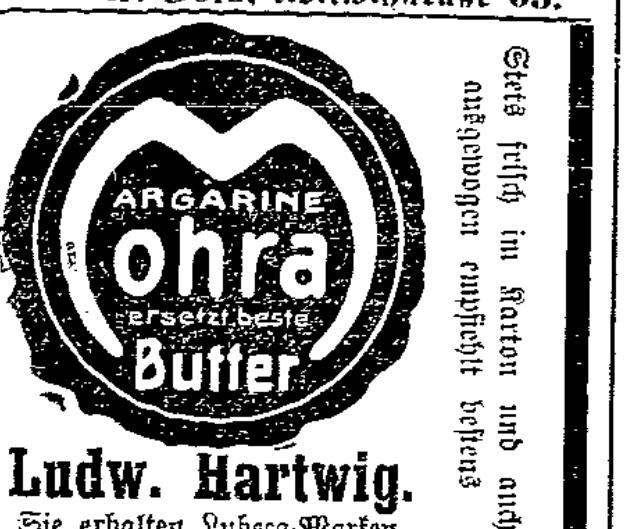
Zwei frischende Biegen zu verk.
Näheres Kiechöhn, Nienhuis.

Ein Teckelhund zugelassen.
Abzuholen Hartenstraße 26.

Freitag abend ist mit mein schwartz - weißer Kater abhanden gekommen. Belohnung denjenigen, der mir über den Verbleib desselben Mitteilung machen kann W. Westfehlberg. Engelsgr. 30.

Alte Töpfe werden mit harfen Böden versehen und wieder neu emailiert
Engelsgrabe 81.

Täglich frische Land-Gier
8 Stück 60 Pfg.
W. Bold, Kottwitzstraße 65.



Ludw. Hartwig.

Sie erhalten Lübecke-Märkte

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Bahnhofstr. 8.

Feuerversicherung unter günstigen Bedingungen A. Behmann, Friedenstr. 47.

Unerreicht an Güte und Wohlgeschmack sind meine ausgewählten und anerkannten

Tees
Pfund 1,60–6,00 Mk.
Auswahl 30 Sorten.
H. Bülick
Breitestrasse 54
Fernsprecher No. 149.

Empfehlungs-Karten
liefern prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten,
Friedenstraße 50.

Verantwortlicher Redakteur für den geläufigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik "Lübeck und Nachbarorte" sowie der mit P. L. geschriebenen Artikel und Notizen:
Redakteur: K. L. Schwarz — Redakteur: G. L. — Redakteur: G. L. — Redakteur: G. L.

stellung, wobei jeder Platz des Theaters 50 Pfg. kostet, gegeben. — Donnerstag wird die melodische Oper "Carmen" in Sæne gehen. Als Escamillo gastiert ein junger Künstler, Alfred König, auf Engagement. Er ist für die Nebenbefehlung des Baritons fachlich in Aussicht genommen. — Direktor Portowksi ist durch die ihm zugeteilte gewordene Subventionserhöhung in die Lage versetzt, größere Auswendungen machen zu können und wird Anfang März den "Tannhäuser" aufführen. Der Chor wird verstaucht; für einige Solofächer werden für diese Vorstellung neue Mitglieder gewonnen werden.

kleine polizeiliche Nachrichten. Ermittelt und zur Anzeige gebracht wurden mehrere Schulknaben, die von einem Firmenschilder Glashutschäulen ablösten, um sie für sich zu behalten. — Festgenommen wurde ein Tischlerfessel aus Altenwerder auf Grund eines Strafvollstreckungsversuches des Amtsgerichts in Burg u. Fehmarn. — Gegen einen Schneidergesellen aus Barpen, der sich unter Vorstiegung der falschen Tatsache, er erwarte eine Entschuldigung, bei seiner Logistvirgin Kredit verschaffte, wurde Anzeige wegen Betruges erstattet.

Nach den Wahlen des Germanischen Klond sind in der Zeit vom 24. bis 31. Jan. d. J. im ganzen 228 Schiffe unsfälle gemeldet worden. Es sind 8 Dampfer und 21 Segelschiffe total verloren gegangen. 164 Dampfer und 45 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

Bübs bei Curau. Ein Großfeuer hat gestern Abend schon wieder unser Ort heimgesucht, und zwar das Struvische Gewebe völlig abgebrannt. Fünf wertvolle Pferde sind leider umgekommen, während das übrige Vieh gerettet wurde. Das Mobiliar wurde fast gänzlich vernichtet. Den schnell herbeigeeilten Wehren gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Da man auch hier wieder Brandstiftung vermutet, herrscht unter den Einwohnern des Dorfes große Erregung.

Amtliche Notierungen der Produktentwürfe.

Inländisches Getreide. Lübeck, 19. Februar.
Weizen, 120–131 Pf. holl. Mt. 160–171, Roggen
120–125 Pf. Mt. 156–161 Hafer, je nach Qualität
Mt. 167–163 Gerste, je nach Qualität Mt. 155–165.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch den 21. Febr.
abends 8 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50–52.

Zugabe 5 Pfg. v. v. v. v.

1. Antrag betr. Geschäftsbericht.
2. Ausschluß eines Mitgliedes.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

N.B. Die Bandenlegierten müssen in dieser Versammlung anwesend sein.

Seefahrer-Krankenkasse

(eingesch. Hüttelasse Nr. 16)

Ordentliche General-Versammlung

Sonntag den 25. Februar 1906
nachm. 3½ Uhr
bei Herrn Jürs, Engelsgrotte 59.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung. 2. Wahlen 3. Berichtigungen.
Wir machen auf SS 2 und 26 des Statuts
besondere Aufmerksamkeit.

Der Vorstand.

Schwartau.

Radfahrer-Versammlung

des Radfahrer-Vereins Freiheit
am Mittwoch den 21. Februar

abends 8 Uhr

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

Der Gläubiger.

Verein der Musikfreunde

Mittwoch den 21. Februar.

abends 8 Uhr

im Kolosseum: 38. Volkstüm. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth

Solist: Herr Konzertmeister Carl Schwabe.

Zur Aufführung kommen n. a.:

Ouverture zu "Euryanthe" C. M. von Weber.

Ouverture zu "Orpheus in der Unterwelt"

J. Offenbach.

Künstlerleben, Walzer J. Strauss.

Potpourri "Der Bettelstudent" C. Millöcker.

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

J. Strauss.

C. Millöcker.

J. Offenbach.

C. Millöcker.

J. Strauss.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 43

Mittwoch, den 21. Februar 1906.

13. Jahrgang

Baltische Rückblick.

Deutschland.

Dem Herrenhause ist großes Unzufriedenheit. Auf dem Familientreffen „derer v. Bülow“, der unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Fürsten v. Bülow stattfand, wurde seitens der gründlichsten Mitglieder der Familie in Bremer beschlossen, daß ihnen im vorigen Jahre vom Könige verliehene Präsentationsrechte zum Herrenhause dahin auszuüben, daß sie den Reichskanzler wählen. Dieser hat die Wahl angenommen. Nun kann der schwäbische Bernhard mit seinem Bruder unter dem Namen seines Erzugs in das Herrenhaus vollziehen.

Ein Ansiedelungs-Experiment. Das Kolonialamt gebietet eine Anzahl deutscher Rückwanderer willkommen aus dem Kaukasus in Deutsch-Ostafrika anzusiedeln. Es steht zu diesem Zweck völkerlich 50 solcher Familien je 50 Hektar Land kostenfrei zur Verfügung; ferner sind den Ansiedlern insgesamt 100 000 Mk. aus der Wohlfahrtskasse bewilligt worden. In einem Artikel der „Kol. Blg.“ äußert sich zu diesem Projekt der Hauptmann a. D. Leue:

„Grade diese bescheidenen, an ein unbegrenzt vollständiges Leben gewöhnten Kleinbauern, die in dem Hause befinden, sich sehr wünschen, wenn sie ein sicheres Zuhause finden, wo sie in Ruhe ihren wohl bauen können, werden uns in Deutsch-Ostafrika von größtem Nutzen sein. Was uns dort fehlt, sind Menschen, die Werte schaffen. Ein gütliches Moment ist dabei, daß diese Deutschen Russen-Arbeiter und nicht Weißrussinnen sind, da eine intensive Wirtschaft der Kolonie zu einer größeren Ruhe gereicht, als eine riesige. Auch was das Aussehen des Menschen herabsteht, ist nicht der Fall. Mit dem Preßlinge der weissen Rasse ist es wegen der vielen anderen hellhäutigen Menschen in Ostafrika nicht weit her, und wenn die Deutschen dort eine gewisse Echtung genießen, dann verdeckt er das ganz anderen Eigenschaften, als seiner weißen Hautfarbe.“

Die armen Teufel, die gezwungen sind, sich in den Hebergegenden Deutsch-Ostafrikas eine neue Heimat zu gründen, tun uns leid. Es ist ein gefährliches Experiment, das mit ihnen vorgenommen wird.

Das Konto P und ähnlich vor der Budget-Kommission des Reichstages. Als vor zwei Jahren unter den Truppen des Expeditionskorps in Sibiu-Mosella der Typhus ausbrach, wurden schätzungsweise 120 000 Flaschen Rotwein, später noch mehr, nach Südwürttemberg abgesandt, weil guter Rotwein wegen seines Tanninengehalts sich gut zur Bekämpfung des Typhus eignet. Wie aber nun in der Budget-Kommission des Reichstages behauptet werden konnte, erhalten die Soldaten Verschnitte, die kaum das Becken erschütten, den sie Weinleistung haben sollte. Dabei kam auch zur Sprache, daß nicht die beiden, von der Berliner Handelskammer vorgezeichneten, sondern zwölf andere Männer als Sachverständige bei der Wirtschaft fungierten. Der eine davon benannte die Gelegenheit, nun selbst mit der Regierung eine Abstimmung abzuschließen. Die Kolonialverwaltung entschuldigte den Vorhang mit der großen Eile, in der gehandelt werden mußte, und mit der mangelnden Organisation. — So darunter wurde der Bericht der Kolonialverwaltung mit der bekannten Firma v. Tippelskirch in Berlin besprochen. Die Firma hat das Monopol, bis zum Jahre 1911 sämtliche Ausflugsbaugenäste für die Truppen in den Kolonien zu liefern. Der Kommission wurde auf ihr Verlangen der Bericht im Wortlaut vorgetragen nebst einem genauen Preisverzeichnis. Der Abg. Erzberger behauptete nun, die Regierung müsse der Firma Tippelskirch diese Gegenstände bis zu 17 Prozent teurer bezahlen, als sie bei anderen Firmen bezogen werden können. Hinter der Firma standen hohe Herren, nur dadurch sei die Monopolstellung erklärt. Nach einem früheren höheren Kolonialtheoretiker sei mit 120 Mk. an der Firma beteiligt ge-

wesen, zurzeit als der Mann noch im Amt war. (Gemeint ist ein Herr Dr. Bonn.) Die Firma liefert im Monat für mindestens 600 000 Mk. Ausflugsmaterial an das Reich. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Zustand scharf kritisiert und auf die recht mißtrüchtige Tatsache aufmerksam gemacht, daß der frühere Kolonialdirektor Dr. Stuebel, der den Bericht mit Tippelskirch abgeschlossen hat, den Vorwurf, er sei finanziell an der Firma beteiligt, als eine schwere Beleidigung aufzahle und klagen würde, während der preußische Landwirtschaftsminister von Bobbelski in gleicher Vorwurfrichtung einen gestellt habe. Wann der gegen den Landwirtschaftsminister erhobene Vorwurf der Wahrheit entspreche, so müsse gesondert werden, daß der Mann entweder die geschäftlichen Beziehungen habe, oder aber seine amtliche Stellung ausnutze. In letzterem Falle würde man es dulden, daß ein Stadtrat an Lieferungen für die Kommune herangeht sei; auch bei Stadtvorordneten würden derartige Verhältnisse mit vollem Recht stark getadelt. Entgegen von Hohenlohe bestonte, daß der Landwirtschaftsminister absolut keinen Einfluß auf die Geschäfte der Kolonialverwaltung habe, seine Beziehungen zu Tippelskirch seien daher „nur“ bedeutunglos. Charakteristisch für die bürgerlichen Parteien war es, daß sie sich dieser Affäre sonst der Empfehlung anschlossen, während von sozialdemokratischer Seite nochmals mit Nachdruck das Unglaublichste eines Zustandes betont wurde, wonach ein Minister Teilhaber an einer Firma sein kann, welche für die Regierung liefert. In Wahrheit war ziemlich heftigen Debatte erklärte die Regierung schriftlich, auf eine Revision des Berichtes mit Tippelskirch hinzuarbeiten zu wollen. Die Erörterung wurde dann auf Dienstag vertagt.

Neues aus dem früheren Meiste Puttkamer. In der „Kol. Blg.“ wird neuer Erfolgsmaterial gegen den anzblichen unschuldigen Gouverneur von Kamerun veröffentlicht. Darin beschreiben sich die Engländer auch darüber, daß v. Puttkamer einer bekannten deutschen Handelsfirma in Kamerun, nämlich der Firma Wörmann, ein Handelsmonopol auf Kosten der Regierung eingerichtet habe. Solange die Schwarzen in Kamerun handelten, waren sie in ihrer Handelsaktivität aus allen Hemmungsrichtungen freie. Sie in diesem Orte zusammen und tauschten ihre Waren aus. Eines Tages rief B. Puttkamer ein Büro für schwarze Häute, um Büchlein zu beschaffen. Die Händlinge der verschlebenden Säume waren ob dieses Besuchs zusammen und besprachen es. Gleichzeitig waren sie der Meinung, daß es Verbot zweckmäßig sei und dem Feste des Schwarzen sehr entspreche und gaben ihm, doch es ihre Zustimmung gefunden habe. Da wollte es der Befehl, daß ich der angebrochenen hohen Kosten einige Hörner vom Handel mit Büchlein befreien würden. Statt nun die Schwarzen zu bestrafen, läßt Puttkamer das ganze Land den Verbot gegen sein Verbot entgegen. Es wurde angeordnet, daß es in Schwarzen nur noch die Firma Wörmann in Hamburg. Durch diese Maßnahme wurde der Handel der Engländeren, der doch die einzige Vertriebende Firma bildet, ganz lahmelegt. Heute noch betrifft die Firma Wörmann ganz allein in Eda Handel — Nach einer Befreiungserlaubnis wird unter den Büchleinpunkten gegen Puttkamer eine Rolle spielen. Er handelt sich dabei um das Eda-Würfel, v. Puttkamer erfreute sich der Gesellschaft einer Dame und brauchte einen kleinen Beamten, einen Pf. für diese abzustellen auf den Namen Freilau von Eda. Der Beamte weigerte sich, dies zu tun, worauf der Gouverneur selbst den Pf. aufstellte. — In welcher Weise Gouverneur von Puttkamer gegen denselben vorging, die seine Misshandlung titulierte und von demselben er eine beratige Reitschule vorwies, ergibt sich aus folgender weiterer Mitteilung des Frankfurter Blätters. In den letzten drei Tagen erschien die Union der Politik eine lebhafte

Tätigkeit; sie wollte nämlich den Prinzen Alva verhelfen. Fast täglich erschien sie unerwartet in seiner Palastwohnung, durchsuchte alles, nahm sogar einige Briefe mit, nur den schwarzen Prinzen nicht; dieser war nämlich vereilt. Mit einem Male stellte die Polizei dann ihre Nachforschungen nach Alva ein. Und das hatte seinen Grund. Am letzten Tage seiner Regierungstätigkeit in Kamerun erhielt Puttkamer einen Haftbefehl gegen den Prinzen Alva angeblich als Verfasser der Kameruner Beschwerdebriefs. Der schwarze Prinz sollte sofort in Altona verhaftet und mit dem am 10. d. M. noch Kamerun abgegangenen Wörmann. Dampfer nach Duala transportiert werden. Der Plan Puttkamers scheiterte aber. Das Auswärtige Amt erhielt Kenntnis von dem Haftbefehl Puttkamers und verfragte ihm seine Bestätigung. Und so kommt es, daß Prinz Alva sich heute noch frei bewegt. — Was sagt Puttkamer hierzu?

Wahlkreis und Wahlrecht.

Wahlregelungen bei der Berliner Straßenbahn? Bürgerliche Blätter melden: Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft hat am 15. Februar einer großen Anzahl von Fahrgästen und Schaffnern geladen und sie unter Bahnung des Schwurs sofort entlassen. Als Grund wird ihre Ungehörigkeit zum sozialdemokratischen Verbände der Handels- und Transportarbeiter bezogen. Ihre Agitation für den Verband unter den übrigen Angestellten angegeben.

In der Generalversammlung des Gewerkschaftsdeutschen Biegler in Lippe, die am 15. Februar i. D. in Düsseldorf stattfand, wurde einstimmig beschlossen, aus dem Centralverband deutscher Gewerkschaften in Deutschland auszutreten. Beschriftet der Stellungnahme des Gewerkschaftsvereins Kreis Ostwestfalen war es beschlossen, eine Denkschrift aufzustellen, die der Kommission des Reichstages zugewiesen soll. Diese wurde eine Resolution angenommen, welche die Forderung der Verstärzung der Arbeitsetat auf reichsgerichtlichem Wege geweckt wissen soll. An der Versammlung nahmen ungefähr 250 Mitglieder teil.

Eine neue Aktion gegen den Gemeindearbeiterverband. Am Donnerstag wurde in Breslau bei Seidenfabrikanten vom Obersteigermeister Dr. Seidenberg gemahnt, Gewerkschaften gehaus zu suchen. Die Beamten durchsuchten alle Werkstätten und Schänke der Wohnungen, alle Männer und Kinder, welche sie aufzugeben, wollten sie suchen. Nur bei einem der von der Haussuchung Betroffenen erklärte einer der Beamten, er suche nach Betteln, auf denen die Worte: „Bürgermeister, Gewerkschaft“ gedruckt ständen. Von der Erfahrung eines solchen Bettels ist keiner der Gewerkschaften etwas bekannt. Beweist ist aber, daß am Mittwoch und Donnerstag vor dem Breslauer Richter umfangreiche Beugerverhandlungen in einer vom dortigen Magistrat gegen den Vorstand des Gewerkschaftsverbandes gen. Bürger-Berlin eingestraften Klage stattgefunden haben.

Die neueste Große Unruhe. Gegen den sozialdemokratischen Verbrauchermarkt Reicherd in Doege Boden (Saalekreis) der im Sozialdemokratischen Verein zum Wettbewerb der Landeszeitung aufgerufen hatte, ist ein Verfahren wegen groben Urzuges eingeleitet worden. Ist der Auslegung des „Großen U.-Fragparagons“ in dies schallt die neuste Blüte. Wer yet nur eigentlich den proben Umgang beginnen?

Den Saalbesitzern allerorten zur Nachahmung! Einem glänzenden Erfolg hat die Görlitzer Arbeiterchaft im Saalmarkt errungen. Folgendes Interat in bürgerlichen Görlitzer Blättern beweist das:

Erläuterung.

Die unterschiedlichen Saalbesitzer verpflichten sich, allen politischen Parteien und allen wirtschaftlichen Vereinigungen jederzeit ihre Versammlungsräume zu geschickt erlauben

vor der wie aber, beweise ich, bald genug hören werden, daß uns aller zu berücksichtigen wird.“

„In dieser Großstadt?“

„Ja, in dieser Großstadt und in jeder anderen auf: ich meine das Volk.“

„Ah,“ sagte Egmont, „diese Familie besteht schon lange.“

„Wer sie hat sich in letzter Zeit schnell vermehrt, mein Freund — wie soll ich Sie nennen?“

„Sie heißt Franklin.“

„Ein großer englischer Name aus einer guten englischen Familie (die freien Bauern des Mittelalters hießen Franklin, die Freien), die leider jetzt verschwunden ist. Nun, Herr Franklin, Sie können mir glauben, daß die Bevölkerung statthaft dieses Landes ein außerordentlich lehrreiches Studium ist.“

„Ich kann das wohl begreifen.“

„Ich wurde ein Mann, als die schlimmen Zeiten anbrachen,“ sagte Gerard, „und ich habe viel traurige Jahre durchgemacht. Ich war selbst der Sohn eines Franklins und wie haben auf dieser Insel die langen Jahrhunderte hindurch niemals so schlecht gelebt, wie jetzt; doch gleichzeitig.“

„Wie geht es im Verhältnis dazu?“

„Ich habe im Laufe der Jahre von allerhand Mitteln gegen diesen beständigen Rückgang des Volks gehörig; irgend eine Sache oder irgend eine Person sollte alles in Ordnung bringen, und ich für mein Teil, ich war bereit, jeden Vorschlag zu unterstützen und jedem Hülfes zu folgen. Wir hatten

Parlamentsreform, wir hatten Papiergeld und keine Macht-

nien und tausend andere Rezepte, und wie hatten Demokraten von allen Sorten, einige so niedrig geboren, wie ich selbst,

und einige mit beträchtlichem Blut in ihren Adern,

wie unser großer Nachbar hier, der Graf von Romberg — und ich habe immer gehört, daß es ganz besonders kostbares Blut sei. Ich kann Ihnen jetzt offen gestehen, ich hatte

Sybille.

Socialpolitischer Roman von Disraeli.
Übersetzt von Natalie Viebnecht.

17. Fortsetzung.

„Und doch spricht sie vom Heilkommen in einem heimischen Land. Sie sehnt sich nach dem Kloster, sie hat in dem Kloster hier ein ruhiges, schönes Leben geführt. Die Oberin ist die Schwester meines Prinzen und wirklich eine Heilige schon auf der Erde, und Sybille kennt nichts von der Welt, als deren Leiden. Doch lassen wir das,“ fügte er hinterher hinzu, „ich würde nur nicht, daß sie den Schleier überreicht hätte, aber wenn ich sie verlieren soll, ist es vielleicht so am besten. Denn das Leben einer Frau unserer Klasse ist in dem jetzigen Zustande unseres Landes eine Ketten von Elend. Die Frauen sind Sklavinnen und Sklavinnen von Sklaven. Selbst der Frauenmut kann dagegen nicht Stand halten, und die Frauen können mehr ertragen, wie wir Männer, mein Herr.“

„Ihre Tochter ist nicht für die gewöhnlichen Mühen des Lebens geschaffen,“ sagte Egmont.

„Bon Ihnen wollen wir nicht sprechen,“ erwiderte Gerard. „Sybille hat ein englisches (in gleicher Weise naturalisierten) französischen, Deutschen usw. das Herz, und das bricht nicht leicht. Und Sie Freund, Sie bereden diese Gegenenden?“

„Ja, ich raffe ein bisschen — ich bin etwas ähnlich wie Sie Freund Morley — mit der Presse verbunden.“

„Ah, ein Zeitungsschreiber? Ich merkte gleich, Sie müssen etwas mehr wissen, als wir Provinzleute.“

„So, ein Zeitungsschreiber. Man will in London über die wirkliche Lage des Landes unterrichtet sein, und in dieser Jahreszeit, wo das Parlament keine Sitzungen hat —“

„Ich verstehe, eine sogenannte Kommission (d. h. eine parlamentarische Untersuchungskommission, deren Mitglieder herumzureisen haben) und eine Sommerreise. Ich würde

ost, ich wäre ein Mann der Freiheit, aber ich verstand mich nie aufs Schreiben. Mein Freund Morley ist dauer sehr geschickt. Seine Freunde sind hier herum viel gelesen, und wenn er, wie ich ihn oft sage, keine überwältigende Philosophie aufzuzeigen und nicht als englische Politik treiben würde, könnte er ein reicher Mann werden. Sie möchten ihn gerne kennen lernen?“

„Sehr gerne.“

„Und was veranlaßte Sie zuerst, zur Presse zu gehen, wenn ich fragen darf?“

„Was? — mein Vater war ein Gentleman,“ sagte Egmont etwas zögzend, „und ich war ein jüngerer Sohn.“

„Ah,“ sag' e Gerard, „das ist eben so schlimm als eine Frau zu sein.“

„Ich hatte keine väterliche Ehe und war gezwungen zu arbeiten; für die Rechtsvollzugsanstalt hatte ich letzten Kopf.“ fuhr Egmont fort, „die Kirche paßte mir nicht, und was die Armen anbelangt, wie konnte ich ohne Geld und ohne Verdienstungen vorankommen? Ich hatte eine ebensolche gute Erziehung und so glaubte ich sie für die Presse verwerten zu können.“

„Woher gekommen! Sie sind einer von den arbeitenden Klasse, und werden wie ich hoffe, teilnehmen an dem großen Kampf gegen die Bourgeoisie. Die jüngsten Freunde des Volks sind die jüngsten Söhne, obgleich sie sich gewöhnlich gegen uns anwerben lassen. Und rechte Leute sind das, ihre Energie die Erhaltung eines Systems zu widersetzen, das auf Egoismus gegründet ist, das zu Raub und Betrug führt, und dessen erste Opfer sie selbst sind. Aber jeder Mann denkt, er wird eine Ausnahme sein.“

„Und doch,“ sagte Egmont; „glaubt man, daß eine große Familie, die in dem Land wurzelt, ein Element politischer Kraft sei.“

„Ich will Ihnen etwas sagen,“ antwortete Gerard, „es gibt eine große Familie in England, die in dem Land wurtzelt und von der wir weniger gehört haben, als sie verdient.“

Siecken zur Verfügung zu stellen, soweit sie nachweislich nicht vorher anderweitig bestellt sind. Sollte das durch Artikel 29 der preußischen Verfassung (alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obligatorische Einzubringen friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln) gewährleistete Versammlungsrecht von irgend welcher Seite zu bedrohten, so versucht werden, so verpflichten sich die Unterzeichner, mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln solidarisch, und zwar unabdinglich, gegen solche Maßnahmen vorzugehen.

Oskar Abder, Europäischer Hof, August Gaulke, Konzerthaus,

C. F. Goerke, Schillerhaus, Otto Gähler, Tivoli.

Adolf Hühn, Stadt-Pap., Ferdinand Nopper, Alten-Bauern,

Herrn. Schröder, Deutsche Eiche, Adolf Höhn, Gewerbehaus,

August Weiß, K. K. K. August Faber, Englischer Garten,

Oskar Wechsler, Rath, Berlins-Haus.

Gottlieb Bandmann, William Theater.

Die unterzeichnete Brauerei verpflichtet sich, in Zukunft in die Kontakte mit ihren Büchtern die Bestimmung aufzunehmen, daß die Güte aller politischen Parteien nach Maßgabe obige Erklärung zu Verfügung stehen.

G. V. Delcher.

Die unterzeichneten Corporationen erklären, daß sie auf Grund des am 13. Februar mit den Saalabgängern eingetragenen Erhaltungsvertrages den Beifall sofort aufheben.

Der Sozialdemokratische Verein, Hermann Kupfer, Das Gewerkschaftsrat, Robert Biedner, Die Volkskommision, Paul Bressel.

Die mannsche Sprache der Görlitzer Saalwirte steht aber auch vortrefflich von dem Gewissens mancher Saalbesitzer in anderen Dingen vor den Behörden ab.

Die Mandatsniederlegung Cramers beschäftigte eine außerordentliche Sitzung der sozialdemokratischen Agitationskommission für den Wahlkreis Dresden-Groß-Gerau. Der Schriftsteller Cramers wurde als vollzogene Tatsache akzeptiert und die ersten Vorberichtigungen für die Reichstagswahl getroffen. Eine in Kürze einzuberuhende Kreiskonferenz wird über das weitere entscheiden. Die Genossen werden zeigen, daß unsere Bewegung nicht eng mit einzelnen Personen verbündet ist, sondern daß der Kampf nur um der guten Sache willen geführt wird. Geschieht dies, so kann ein ebenso glänzender Wahlsieg wie der am 16. Juni 1903 auch diesmal nicht ausbleiben!

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Bayerns erlässt an die Parteigesellen und Landtagswähler einen Aufruf, in dem das neue Wahlgesetz als gesichert bezeichnet wird. Die nächsten Wahlen würden aller Wahrscheinlichkeit nach im Mai 1907 stattfinden. Zum ersten Male wird dann die Sozialdemokratie in Bayern in der Lage sein, vermittelst des direkten Wahlrechts die Stimmen ihrer Landtagswähler genau zu zählen. Diese Aufgabe allein macht es ihr um so mehr zur Pflicht, völlig selbständig in die Wahlen einzutreten, als mit der Beleidigung des alten Gesetzes auch der Hauptgrund zu Wahlabschöpfen irgend welcher Art mit anderen Parteien in Wegfall gekommen ist. Die Wähler werden sodann aufgefordert, sofort für die Ordnung ihrer Stimmengewalten zu sorgen und sowohl sie die bayerische Staatsangehörigkeit noch nicht besitzen, ungeläufig die nötigen Schritte zu tun, um sie zu erwirken. Die ersten Wähler, die auf Grund des direkten Wahlrechts in Bayern stattfinden, sollen zur Belehrung des Ensliffs unserer Partei im Landtag und im Landesfürsten und zur reicheren Verwirklichung der Fortbewegung unseres Programms.

WILLKOMMEN

Vornehmer Gauher im Gefängnis. Aus Brüthen wird der Doktor "Bottmacher" gemeldet, daß der Landgerichtsrat Blumenthal, der wegen schwerer Unzucht gegen fünfjährigen Säuglings- und entehrlichen Nebenproben verurteilt worden ist, während seiner Untersuchung höchstens eigenes Bett gehabt hat; ein Leppiz gekreuzte den Boden seiner Zelle, monierte im Gefängnis kurz ganz unabsonderlich Toilettengänge an Spannenden zum zur Verfügung, ja, selbst sein gewöhnliches Parfüm brauste er nicht zu entbehren. Damit vergleichbar waren die unethischen Behandlungen, die selbstsüchtige sozialdemokratischen Nachsteuer in unsäglichen Erfüllungen für zu erledigen haben!

Weitere Opfer. Nach einer Reiseburg des "D. T." aus Keweenaw-Park hat das Unglück in Tucumán, wo, wie gewidmet, vier Personen durch Gasmasse von Kohlen-

nicht viel Freiraum zu all diesen Vorwürfen, allein es war eine schreckliche und das ist jeden einzut. Es bin aber in neuster Zeit zu der Überzeugung gelangt, daß in diesem Land etwas vorgeht, das von gänzlicher Wildheit ist, eine gefährliche und ich glaube eine unmoralisch Wildheit, die es darüber alles widerstehen über alles hätte wirkt. Sie verfügen nicht? Sie wollen die Zukunft von mir als dreimal bestätigt freiliegen auf dieser Erde! (es ist die Beurteilung der Bevölkerung um jährlich dreimal hundert tausend Körper zu verstehen) Wie wollen Sie diese erläutern? Wie soll man sie lieben? Wo soll man sie unterbringen? Sie haben das Freiheit längst aufgerufen, sollen sie auch das Boot aufgeben? Und viele Kleider und Hüte und sonstiges, so sind die Vampire da! Körner siegt! Von jetzt auf seit dem Samstag und die vier Minuten bereits von Menschen.

"Es ist ein entzückender Gedanke," sagte Gremont sinnend.

"Entzückend?" sagte Gerard. "Es ist die großartigste Aufgabe vor der Stadt! Widersprüchlich kann das überhaupt nicht! Leben Sie die Geschichte. Sie sind ja ein Lehrer, und betrachten Sie den Fall bis zu seinen letzten Minuten — was war es? Dank und Wonne kommt zweimal dreimal hunderttausend Freimütinge aus den Wäldern über die Berge, über die Flüsse; zu uns kommen sie jedes Jahr und zwar in größeren Massen. Was sind die Einflüsse der bösartigen Männer, der Sohlen und Waffenträger, der Langobarden und Hunnen gegen unsere Bevölkerung, statthaft?"

ogend gekommen sind, noch zwei weitere Opfer gefordert. Die beiden anderen Kinder des Statthalter-Ehepaars, die noch lebend aufgefunden worden waren, sind nunmehr auch an den Folgen der Vergiftung gestorben.

Menschlich verurteilt? Am 19. Dezember wurde der Musketier Stirn vom 68. Infanterie-Regiment vom Oberliegenschaft wegen militärischen Aufenthalts und tödlichen Angiffs gegen Vorgesetzte zu 6 Jahren 1 Tag 8 Monaten 10 Tagen verurteilt. Musketier Mettersheim vom berfehlichen Kommando wegen Belästigung an einem militärischen Aufenthalts zu 6 Jahren 1 Woche Gefängnis, beide unter Beschuldigung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Die Tat soll im Dorfe Ellern auf dem Hunserfeld während des Marsches begangen worden sein. Beide Verurteilten haben Revision gegen das Urteil eingereicht. Nun bringt die Hanauer Polizei die sensationelle Meldung, ein junger Mann aus Eltern habe nachdrücklich ausge sagt, er selbst habe den Steinweg durch das Fenster des Wirtshauses in Ellern geworfen, in dem die Unterkunft bei dem Wirtshaus befand. Es scheint also, daß die Sache noch nicht abgeschlossen ist. Sturm hat erklärt, er verlasse das Untersuchungsgefängnis nicht lebend, um ins Justizhaus gestellt zu werden. Die Angeklagten befinden sich seit dem 16. September v. J. in Haft. Im Herbst sollten sie entlassen werden. Musketier ist noch, daß die beiden Musketiere nach der schwerwiegenden Anschuldigungen das ganze Kaisermaul über mitgebracht haben.

Aus Buddes Fleisch. Eine tote Fahrgärt hat fünf Wochen lang der Eisenbahnwagen Nr. 1105 auf seinen Rädern mitgekommen. Der Wagen befand sich in dem Zug, der aus Sachsen 2 Uhr 35 Minuten auf dem Bahnhof eintrifft. Unterwegs hatten Fahrgäste vergeblich sich bemüht, die Tür des Aborts, den er enthält, zu öffnen. Es glaubte jeder, dieser sei vorübergehend gerade beschädigt, aber alle Versuchsvorläufe blieben auch auf die Dauer erfolglos. Nach der Ankunft in Berlin veranlaßte daher der Fahrbeamte, der den Zug begleitet hatte, die gewaltsame Öffnung. Das Rätsel der Sperrung stand nun eine überraschende Lösung. Ein Selbstmörder hatte sich vor seinem freiwilligen Ende eingerichtet. Der Mann hing mit einem Strick an dem in dem Abortraum angebrachten Kleiderhalter. Die Leiche, die sich in halb sitzender Stellung befand, sah bereits manierartig aus. Der Bahndoktor, der zur Begutachtung der Todesursache gerufen wurde, stellte denn auch fest, daß der Mann schon sehr lange tot sein müsse. Nähere Aufklärung gaben die Papiere und Schriftstücke, die man in den Kleidersachen fand, nachdem die Bahnhofspolizei die Leiche entdeckt in einem Raum des Stationsgebäudes geboren hatte. Der Selbstmörder wurde festgestellt als der 45 Jahre alte Gastwirt Albert Bolland aus der Waldstraße 80 in Leipzig. Eine Fikarie und ein Abschiedsbrief, den Bolland für seine Familie in Leipzig geschrieben, oder nicht abgesandt hatte, zeigen, daß er sich am 8. Januar d. J. in Berlin aufhielt und sich dazu auf der Fahrt von hier nach Wittenberg das Leben nahm. Seinem hing die Leiche auf dem Abort des Aborts dritter Klasse. Die Leiche wurde auf Beuronlassung der Bahnhofswache nach dem Grauhaus gebracht. Was den Mann zum Selbstmord veranlaßte, steht noch nicht fest. — Nur, mag der Grund zu dem Selbstmord zu suchen sein, wo er will. Mir als das Motiv dazu interessiert die Offenlichkeit natürlich die Frage: Wie ist es möglich, daß die notwendige Reinigung des Klosets, die doch eigentlich zu der vorschriftsleichten allgemeinen Reinigung des Wagens gehört, fünf Wochen lang unterblieben konnte, weil die Tür nicht zu öffnen war? Auf den Stationen, wo der Wagen im Schuppen über sonstwie zur Reinigung herstellenden haben muß, hätte längst die Tür geöffnet werden müssen, wenn ernstlich eine Rückborgung des Klosets bestmöglich war. Oder sollte der Wagen stets Wochen lang verweilen und hinzuhängen? Dann würde sich wieder ergeben, daß er ganze 5 Wochen lang nicht gereinigt worden ist. So dem einen wie in dem anderen Falle ist die Geschichte dieser Eisenbahnwagenstube gleich wunderbar und leicht verständig. Die Ursachen gehen wohl wie sonst abzuklären gleich vorweg benennen wollen, auch dann nicht so mühelos leicht ergründen, wenn etwa wie zu

erwarten ist, die Eisenbahndiabolos zur Beschämung der Gemeinde erhöhen würden, sie werde aus dem Reichstag die Befreiungen der befreiten Straßen für die unbekahlten und ungeliebten Straßen weiter betreiben. Die Gefahrfrage und die Schädigung des Fasses spielen hier vielleicht keine Rolle.

Ein schweres Eisenbahnunglüx ereignete sich am 16. Februar nachmittags kurz vor 4 Uhr an der Mühlstraße in Hamm i. W. Der Güterzug ab Bielefeld war oben vom Bahnwärter vorbeigelassen worden und der Bahnwärter hatte die Brücke wieder geschlossen, um die Menschen durchzulassen. Zu demselben Augenblick brachte die Bahnwärterin Hamm bei Kilometer 152,1 der Strecke Hamm-Bielefeld wurde heute Nachmittag 3.55 Uhr die Frau des Drahtziehers Wenzelmann nebst zwei Kindern von dem durchfahrenden Güterzug 2 Berlin-Köln überfahren und sofort getötet. Die Schenken, welche nach Durchfahrt eines Güterzuges geöffnet wurden, waren für diesen Güterzug noch nicht wieder geschlossen. Der betreffende Bahnwärter ist vorläufig vom Dienst zurückgezogen worden.

Schuldigkeit eines Gesetzesbüters. Der Fußgängerarm Hübner von der 4. Brigade, stationiert in Bielefeld bei Delitzsch, wurde vom Kriegsgericht der 8. Division in Halle mit einem Tage gesündeten Arrest bestraft, weil er einen Schulnaben, der gehohlt haben sollte und beim Graben bei dessen Ermittlungen "ein Geistnis ablegen" wollte, wie er hört geohrfeigt hatte.

Die ungetreue Komponistemutter. Der Bahnbeamte Schirmeister vom 2. Bataillon des Garde-Grenadierregiments Nr. 5 hat als Wehrungs-Unteroffizier bei Ausstellung der Lebensmittel (Kaffee usw.) regelmäßig eine Menge etwas weniger angekauft und das Exports mit dem Lieferanten, einem Spandauer Kaufmann F. verrechnet. In dieser Weise verdiente der Unteroffizier sich monatlich etwa 100 Mk. und hat in 3 Jahren eine Nebeinnahme von 3000—4000 Mk. gehabt. Das Kriegsgericht, vor dem der betreffende Komponist als Zeuge seine Aufgabe vertheidigte, hat den ungetreuen Verwalter zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis, Degradation und Verbrennung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

Bergmannslos. Wie aus Essen a. d. Ruhr gesehen wird, stürzen auf dem Schacht "Catharina" der Betrieb "Hercules" Montag früh vier Bergleute in den Bruchschacht. Zwei der selben sind tot, die beiden andern schwer verletzt worden.

Eine Kulturtat. Das Schwurgericht in Essen beurteilte den Bergmann Michael Sobolewski aus Gladbeck, der seine Ehefrau entzweit hatte, zum Tode. **Eine Geschworenjährige als Giftmischerin.** In Bockenbach verübte die sechzehnjährige Dienstmagd Helene Reiß, die bei einem 76jährigen, aus Nagara gebürtigen Rentier in Stellung war, ihren Dienstherrn zu vergiften. Der alte Mann war krank und daher mühsamer etwas ungemüthlich. Als ihm eine Schüssel abhanden gekommen war, machte er dem Mädchen Vorhaltungen. Darüber ärgerte sich die Mutter natürlich, daß es ihrem Arbeitgeber Salzsäure in den Abendkaffee schüttete. Der Greis merkte aber bei dem ersten Schuß, daß mit dem Kaffee etwas geschnitten sei und spie ihn aus. Das Mädchen wurde festgestellt. Als es um das Motiv der Tat gefragt wurde, gab es an, es hätte gern einmal eine Leiche gesehen.

Selbst gerichtet. Aus Bruckeschweiz wird gemeldet: Die Mutter der beiden jungen Mädchen, die im Herbst d. J. von dem Bankräuber Brunko langjährig mit eigenen Geldstücken erfaßt wurden, Frau H., hat sich erhangt. Sie war in Besitzlang darüber geraten, daß ihre wegen Gehirn-erfolgte Verurteilung in den Brandstrafzettel gestellt wurde.

Liebesgram. Was Liebesgram hat sich in der Nähe die 18jährige Tochter des Fleischwarenfabrikanten F. aus Czarnikau entrückt.

Buch II.

Erstes Kapitel

Die kleine Stadt der Seele läufteten mit den Rauchwolken welche sich über das Land gelegt hatten und bescherten eine eigenartige Luftqualität. Sowohl das Auge wie — auch die Seele war eben, aufgeweckt von einer Seite, wo eine Reihe von Paläste isoliert den Horizont begrenzte — vor einer Unzahl von Häuschen und Hütten ungewöhnlich viele Menschen waren über das Land hin zu treten. Einige waren auf andere in Reihen mit einander verbunden, wieder andere in Gruppen aneinander hängend, aber nur selten fortlaufende Gruppen bildend, und unterbrochen durch fliegende Hofsäen, Hütten brennender Kohlen und Berge von rauchenden Eisenneisen, während Schäden und Menschen sah allen Reihungen hin lärmten, brüllten, schreikten, und die Einsicht von Eisenstein und Steinlochgruben anzeigen. Obgleich das Land durchlöchert war, wie ein Käferhain, so wurde es doch nach allen Richtungen hin von Menschen durchsetzt. Nur hier und da war ein kleiner Friedhof der ursprünglichen Erdbeschaffenheit zu entdecken — über das helle Gras, welches da wuchs, war nicht grün, sondern vom Kohlenstaub in die Farbe der Erde gehüllt. Bäume und selbst Sträucher waren dort unbekannt.

Es war die Dämmersonne, die Sonne, wo in den südlichen Himmelsstrichen die Bauern vor dem Bild der gejagten gebräuchlichen Jagdszenen niederknieten; wo die Karawänen halt machen auf ihrem Weg durch die endlose Wüste, und wo der betarnte Reisende niedergekniet in den Sand, seine Bereitkunst dem heiligen Stein und der heiligen Stadt darbringt, — und aus die Stunde, nicht weniger heilig, welche das Aufhören der Arbeit anzeigt und den Bergmann

empfängt, um die Lust der Seele zu atmen und das Bild des Himmels zu schauen. Das Bergwerk sprit seine Grashäusern aus, die Hobelgrube ihre Leibchen; die Schmelze ist still und die Mühle ruht, die Ebene ist von weinreichen Weinen überzogen. Dichte Scharen häßlicher Männer breitfächrig und ausfalls, auf von der Arbeit und ihres vorz wie die Kinder des Teufels. Rudel von jungen Leuten, — o! heilige Geschlechter, — obgleich weder ihre Kleidung noch ihre Sprache die Beschiedenheit bezeugen, denn alle sind in männlicher Tracht gehüllt, und Flüsse und Böden vor denen ein Mann sich aufstellen könnte, hört man von Mädchensuppen, die nur Worte der Gönftung herbringen sollten. Und das wird, — einige sind's schon, — die Mutter von Gaglach! Aber können wir uns über die gänzliche Rohheit ihrer Sprache wundern, wenn wie das gesunde Leben haben, zu dem sie verdammt sind? Gleichermaßen nicht bla zu den Hütten; eine eiserne Kette, an einem ledernen Gürtel befestigt, geht zwischen ihren Beinen hindurch, die mit Hosen von Gacksteinwand bekleidet sind, und auf Händen und Füßen trudelnd, müssen die englischen Jungfrauen und Frauen Ingäisch zwölf, manchmal sechzehn Stunden, "Hunte" (die kleinen Wagen, in denen die Kohlen unterirdisch zur Förderstelle geschafft werden) voll Kohlen auf unterirdischen, dunklen, abwüchsigen, salzigen Wegen heranziehen, — Umstände, die der Beobachtung unserer Gesellschaft für die Abhängigkeit der Regierungsländer ganz entgangen zu sein scheinen. Diese würdigen Herren "Straßenarbeiter" (Street Arabs — Straßengräber, so nennt man in England vernachlässigte, sich selbst überlassene, auf den Straßen herumtreibende Kinder) nichts zu wissen, was uns so wunderbar ist, als sie viele der selben in ihren eigenen Dörfern haben. (Fortsetzung folgt.)